

CHRISTIN
CHRIST UND
CuS
SOZIALISTIN
SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
5,- DM

Neue Folge
19. Jahrgang

Dezember
1995

4/95

Ernst-Ulrich Huster
Gerechtigkeit hat Vorrang

Karlheinz Lipp
**Die kirchliche Sozialcharta aus
pazifistischer Sicht**

Friedhelm Hengsbach
„Gewerkschaften – Schule der Nation“

Bärbel Fünfsinn
**Gegen die Provinzialität der
europäischen Theologie**

Ulrich Peter
Nachruf auf Ernest Mandel

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Ulrich Peter, Berlin
Reinhard Gaede, Herford
Udo Fleige, Tübingen
Erscheinungsweise vierteljährlich
Bezugspreis Jährlich DM 20,-
(Ausland DM 25,-) incl. Porto
Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte an den Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD), Postgiroamt Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. Förderabo DM 30,- oder mehr. Beiträge über DM 20,- sind als Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist kooperiert mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion: Reinhard Gaede (Schriftleitung), Laarer Str. 297, 32051 Herford

Lothar Bücken, Wetter
Erhard Griese, Düsseldorf
Rolf Köhler, Bad Schönborn
Wolfgang Lünenbürger, Hamburg
Matthias Nauerth, Ellerbek
Christa Peter, Berlin
Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD, Postfach 2521,
72015 Tübingen,
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

Inhaltsverzeichnis:

Leonhard Ragaz Die Weihnachts-Dreiheit	4
Ernst-Ulrich Huster Gerechtigkeit hat Vorrang	5
Karlheinz Lipp Die kirchliche Sozialcharta aus pazifistischer Sicht	23
Friedhelm Hengsbach Rede auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall	25
Bärbel Fünfsinn Gegen die Provinzialität der europäischen Theologie	34
Einladung zur BRSD-Jahrestagung 1995/96	37
Eine Million Frauen lassen ihren Traum Wirklichkeit werden	38
Leserbrief	39
Ulrich Peter Nachruf auf Ernest Mandel	41
Bücher, die uns interessieren:	
Michael Helsper: Rezension von Ulrich Duchrow: „Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft“	43
Arnold Pfeiffer: Rezension von Ulrich Peter: „Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin 1919 -'33“	45
Informationen für neue Leserinnen und Leser	49

Editorial

Dieses Heft gelangt wie angekündigt kurz nach Heft 3/95 zu den Leserinnen und Lesern. Hiermit haben wir die Anstrengung geschafft und fünf Hefte in diesem Jahr herausgebracht. Damit sind wir wieder im normalen Erscheinungsrhythmus. Die Resonanz auf unser letztes Heft mit dem Schwerpunkt Religionsunterricht ist bis jetzt erfreulich, was sich hoffentlich auch auf den Verkauf auswirkt.

Dieses Heft hat den Schwerpunkt „Wirtschaft - Soziales - Gerechtigkeit“. Als wir vor 6 Monaten diesen Schwerpunkt festlegten, befürchteten wir eine weitere Runde des Sozialabbaus in Deutschland. Leider ist auf Norbert Blüm und die Arbeitgeberverbände Verlaß. Die öffentliche Diskussion beherrschen Themen wie „Sicherung des Standortes Deutschland“, „Verschlankung des Sozialstaates“ und „Reduzierung der Lohnnebenkosten“. Daß diese Diskussion von seiten des Kapitals vor allem mit der Zielsetzung geführt wird, eine weitere Runde in der Umverteilung von unten nach oben einzuleiten, ist offensichtlich. Weniger offensichtlich ist allerdings, wie weit bisher schon umverteilt wurde. Das Konsultationspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, das die Evangelische Kirche in Deutschland und die katholische Bischofskonferenz gemeinsam herausgegeben haben, stellt gegenüber früheren Verlautbarungen einen Fortschritt dar, den wir begrüßen. Aber erneut sind die Autoren einseitig an die Situation der BRD-Wirtschaft und die Lage der Bevölkerungsmehrheit herangegangen und haben damit die Schwierigkeiten der Mittelstandskirchen deutlich gemacht, sich mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu beschäftigen. Wir haben hierzu Beiträge ins Heft genommen. Prof. Ernst-Ulrich Huster beschäftigt sich mit den Analysen des Konsultationspapiers. Der Jesuit Prof. Hengsbach hielt auf dem Berliner Gewerkschaftstag der IG Metall ein fulminantes Impulsreferat, das von TeilnehmerInnen und in der Presse als einer der Höhepunkte des Kongresses bezeichnet wurde.

Wir wollen damit den Gruppen in unseren Gemeinden Argumentationsmaterial zur Verfügung stellen, um den Kampf um die Köpfe und gegen den Mehltau in Gesellschaft und Kirchen auch in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestehen zu können.

Unseren Leserinnen und Lesern danken wir für die Unterstützung, die wir in diesem Jahr erfahren haben. Ohne die Spendenbereitschaft der letzten Jahre hätten wir nicht durchhalten können. Noch haben wir unser Spendenziel von 5000,-DM nicht erreicht, die wir brauchen, um dringend benötigte Geräte für die Arbeit mit CuS beschaffen zu können.

Das nächste Heft ist als Leonhard-Ragaz-Gedächtnis-Heft konzipiert. Mehrere Aufsätze werden sich mit Leben und Werk des großen Schweizer religiösen Sozialisten befassen.

Die CuS-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und erholsames Weihnachtsfest.

Dieser Text, mit dem wir das Dezember-Heft von CuS einleiten, ist genau 50 Jahre alt. Er erschien erstmals im Dezember-Heft 1945 der religiös-sozialen Zeitschrift „Neue Wege“. Leonhard Ragaz, Redakteur der Zeitschrift, hatte gerade das letzte Heft des 39. Jahrgangs seiner Zeitschrift vollendet, als er am 6. Dezember 1945 im Alter von 77 Jahren in Zürich verstarb. Wir werden an Leonhard Ragaz, den wohl wichtigsten Theologen und international bedeutendsten Exponenten der religiös-sozialistischen Bewegung dieses Jahrhunderts, mit mehreren Artikeln in unserer Nr.1/1996 erinnern.

Leonhard Ragaz, 28.7.1868 - 6.12.1945

Die Weihnachts-Dreiheit

**Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden
unter Menschen des Wohlgefallens.**

Lukas 2,14.

„Ehre sei Gott in der Höhe“

(...) Aber es liegt in der Losung von der Ehre Gottes noch ein weiteres Moment von elementarer Wichtigkeit, das meistens übersehen wird. Das Wort, das wir mit „Ehre“ übersetzen, und das im Griechischen *Doxa* heißt, im Hebräischen aber *Schechinah*, bedeutet eigentlich „Glanz“, „Herrlichkeit“. Und das ist von der elementarsten Bedeutung. Gottes Ehre bedeutet auch Ehre für den Menschen. Von Gottes Glanz her kommt Glanz auch auf ihn - auf jeden Menschen. Dieser Glanz sättigt ihn wie nichts sonst, wie kein Glanz der Welt und kein Glanz der Götzen. Aber diese Sättigung ist unserer Welt verloren gegangen. An ihre Stelle ist der Hunger getreten, welcher zur Gier wird, aber bei der Unendlichkeit der Seele wird auch die Gier unendlich, unstillbar durch die Endlichkeit, und damit

Zerstörung, Zerstörung des Menschen, den die Gier beherrscht, Zerstörung der Natur, Zerstörung der Gemeinschaft, Zerstörung der Welt. Das entfesselte Begehren nach dem Alles wird zum Untergang im Nichts, der zügellose Drang nach dem Leben zur Herrschaft des Todes, der Hunger nach dem unendlichen Reichtum zur unendlichen Armut.

Was wir nötig haben, noch nötiger als Brot und Kohle, ist, daß sich wieder die Ehre Gottes als Glanz auf die Erde senke, als Glanz für jede Seele, auch die geringste, als Glanz auf die Gemeinschaft, als Glanz auf die Schöpfung. Aus diesem Glanze heraus entsteht aus der verwüsteten die erneute Welt. Nicht aus der Armut der Gier, sondern aus der Fülle Gottes kommt diese neue Welt.

Ernst-Ulrich Huster

Einleitung der CuS-Redaktion:

Am 23. September 1995 fand in Weimar eine Tagung zum Konsultationspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ statt, das die Evangelische Kirche in Deutschland und die katholische Bischofskonferenz gemeinsam herausgegeben haben. Prof. Huster von der Evangelischen Fachhochschule Bochum hielt dort das folgende Referat. Von Prof. Huster veröffentlichten wir u.a. in CuS 2/1993 „Lebenslange Armut“. Wir wissen, daß dieser Referats-Text für CuS eigentlich viel zu lang ist. Wir haben uns vor allem deswegen entschlossen, den Text in voller Länge abzudrucken, weil Huster durch sein Referat den Rahmen deutlich macht, in dem sich das Papier der Kirchen bewegt. So sei die Analyse der wirtschaftlichen Lage einseitig und „Teilen“ werde nur von denen „unten“ verlangt. Das Referat enthält eine große Fülle von Informationen und Fakten, die eine gute Grundlage bilden für eine Argumentation gegen die Vertreter des Sozialabbaus, der Lohnkürzungen und der Entlastung der höheren Einkommen.

Der Text erschien erstmals in KIRCHE AKTUELL, Oktoberheft 1995. Wir danken der Redaktion von KIRCHE AKTUELL für die übersandte Diskette und können nur zum Bezug bzw. zum Anfordern von Probeexemplaren ermuntern (Adresse: Ev. Tabor-Gemeinde, Taborstr.17, 10997 Berlin).

Gerechtigkeit hat Vorrang

1. Annäherung an die soziale Wirklichkeit

Das vorgelegte Papier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ beschreibt die Gefahr und die Wirklichkeit der sozialen Spaltung in unserer bundesdeutschen Gesellschaft und weltweit die Asymmetrien der vorhandenen Weltwirtschaftsordnung¹. Im Gegensatz zu der nun gewagten Offenheit sei nur an die krude Behandlung etwa der Befreiungstheologie in der Katholischen Kirche Deutschlands in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre sowie an die Kontroversen etwa innerhalb der Evangelischen Kirche um Analyse der Ursachen von und Konzepte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit Ende der 70er und bis weit in die 80er Jahre hinein erinnert². Es drängt sich deshalb die Frage

auf, ob die nun gefundene Annäherung der christlichen Kirchen an die soziale Wirklichkeit nicht vielleicht ein Ausdruck dafür ist, daß die soziale Lage und deren politische Auswirkungen für unser Gemeinwesen offensichtlich noch schlimmer sind als von so manchem Analytiker und Kritiker bislang angenommen worden ist.

Kirchliche Stellungnahmen können und wollen nicht parteipolitische Parteinahme sein, würden sie damit doch ihre Position auf eine in der pluralistischen Demokratie zwar legitime, gleichwohl aber ihrer Aufgabe nicht entsprechende Rolle verkürzen. Kirchen leiten aus der Bestimmung des Menschen zu Gott zugleich auch Kriterien für das ethische Verhalten der Menschen untereinander ab, steht doch die Gerechtigkeit Gottes immer auch als Richtschnur menschlichen Verhaltens, wohl wissend,

daß diese erst in seinem Reich, nie aber auf Erden Wirklichkeit werden wird. Dieses herauszustellen, daraus durchaus auch Schlußfolgerungen etwa auf der Ebene „mittlerer Axiome“³ und auch im konkreten Einzelfall zu ziehen, ist kirchlicher Auftrag. Zugleich ist die Liebe Gottes sozial und politisch nicht selektiv zu haben: Das Liebesangebot Gottes gilt für alle Menschen, insofern kann auch die Kirche nicht auf den Diskurs mit allen Menschen verzichten. Glaubwürdigkeit und Diskursfähigkeit zusammen müssen also kirchliche Stellungnahmen zur sozialen Lage bestimmen. Die in der biblischen Tradition formulierten Aussagen zu Reichtum und Armut können nicht nach Belieben eigenen Interessen dienstbar gemacht werden. Erst ihr kontextueller Zusammenhang vermag jene Relativität irdischer Gerechtigkeit zu der des Reiches Gottes zu erschließen wie deren Bezug zur sozialen Wirklichkeit. Der vorgelegte und zur Diskussion gestellte Text leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

nachteiligungen in unserer Gesellschaft. Dabei ordnet er die sozialen Problemlagen im vereinigten Deutschland umfassenderen nationalen wie internationalen Problemkonstellationen zu, zugleich Potentiale zur Überwindung dieser Krisenerscheinungen ausmachend: Diese Welt ist gefährdet, bestimmte soziale Gruppen und bestimmte Teile dieser Welt sind besonders benachteiligt und stehen in Gefahr, vernachlässigt zu werden. Aber dieses Land und darüberhinaus diese Welt haben die Potentiale, die sozialen Probleme anzugehen. Dabei wird keinem heilsgeschichtlichen Abwarten das Wort geredet, vielmehr der Wahrnehmung von Verantwortung durch die, die dazu fähig und berufen sind.

Der vorgelegte Text will einen breiten Diskurs eröffnen. Darin unterscheidet er sich von vielen Programmatiken im politischen Bereich, die im Regelfall Politikersatz anbieten, statt analytisch nach Ursachen und programmatisch nach Lösungen zu suchen.

2. Globalisierung und (Re-) Regionalisierung: Ursachen für soziale Umbrüche

Zurecht hebt der Text in Ziffer 25 auf die zentralen Verschiebungen ab, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den nächsten Jahren bestimmend sein werden: Globalisierung des Handels und der Produktion einschließlich der Finanz- und Kapitalmärkte neben den weitreichenden Folgen neuer Technologien für die Arbeitswelt, demographische Veränderungen und schließlich hohe Arbeitslosenquoten.

Wir erleben derzeit zwei teils konträr zueinander verlaufende, teils komplementär zueinander stehende Prozesse in der Ökonomie und in der Politik. Zum einen entstehen immer größere Wirtschaftsräume und internationale Kooperationsformen. Das GATT Abkommen von 1994 will weltweit den Handel liberalisieren und wird nach dem Abbau von Handelshemmnissen den Wettbewerb um Waren und Dienstleistungen, aber auch um Arbeitsplätze forcieren.

Dieser weltweite Wettbewerb setzt neue Wachstumsimpulse, zugleich suchen unterschiedliche „Modernisierungspolitiken“ der einzelnen Länder bzw. Wirtschaftsregionen Wettbewerbsvorteile durchzusetzen. Als Kehrseite dieser Politik drohen Teilregionen und vor allem randständige Gebiete innerhalb dieser Wirtschaftsgrößen von der Gesamtentwicklung abgekoppelt zu werden. Es besteht die Gefahr, daß sie „als Zonen der Desinvestition und der kumulierenden sozialen Krisen von der Wohlfahrtsentwicklung abgehängt (...) werden.“⁴ Dies betrifft im wesentlichen ländliche, teilweise auch altindustrielle Gebiete. Doch diese Regionalisierung sozialer Segmentation und Ausgrenzung bezieht sich keineswegs bloß auf ganze Regionen oder Teilregionen, sondern schlägt sich auch innerhalb teils prosperierender, teils weniger stark prosperierender Regionen, Teilregionen und Städte nieder. Somit kommt es zum einen zu sozialen Ausdifferenzierungsprozessen zwischen den Regionen, Teilregionen und Städten,⁵ zum Teil zu Segregationsvorgängen innerhalb von Regionen, Teilregionen und Städten.

In der aktuellen Wirtschaftspolitik stoßen wir immer wieder auf den Widerspruch, daß zwar entsprechende Globalisierungsstrategien emphatisch gefordert werden, weil dadurch hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen/gesichert etc. werden (z.B. Chechini-Bericht⁶, Begrün-

dung des GATT-Abkommens), daß aber dann als Folge offener Märkte ein steigender Kostendruck auf nationale Beschäftigungsverhältnisse weitergegeben wird, letztlich mit der Begründung, nur so könnten Arbeitsplätze etwa in Deutschland gehalten werden.

Dabei steht das Konzept einer grenzenlosen Ökonomie und Globalisierung wirtschaftlicher Austauschprozesse ebenso vor seiner Vollendung wie zur Disposition. Die Entgrenzung der Ökonomie hat Wohlstandsmehrung, aber auch Wachstumsbedingungen geschaffen, die zunehmend externe soziale und ökologische Kosten verursachen, die mittelfristig auch Akkumulationsinteressen in Frage stellen.

Diese Entwicklung wird durch die Umbrüche in den Staaten des ehemaligen Ostblocks und hier insbesondere durch die Umstrukturierungskrisen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie durch den enormen Migrationsdruck aus Nordafrika in dramatischer Weise verschärft.⁷

3. Soziale Polarisierung in Deutschland, in Europa und weltweit

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Parallel zum Anstieg dieses Reichtums hat die Zahl der Personen dramatisch zugenommen, die ohne staatliche Hilfe ihr Auskommen nicht fristen können. Dabei hat sich die Verteilungsschieflage in den 80er Jahren in einem starken Maße zugespitzt: Von 1982 bis 1991 ist das Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland real um knapp dreißig Prozent gestiegen. Während die Arbeitnehmer mit einem Zuwachs ihrer Haushaltseinkommen von real zehn Prozent zufrieden sein mußten, konnten die Selbständigenhaushalte (ohne Landwirte) real sechzig Prozent zulegen.⁸

Im Schnitt haben auch die Arbeitnehmerhaushalte an dem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand teilgenommen. Allerdings



Der Text formuliert eine „Option für eine soziale Friedensordnung“ und beschreibt Ursachen wie Folgen sozialer Be-

muß man hier sehr vorsichtig sein, denn bei Arbeitnehmern gibt es schon eine erhebliche Differenzierung zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Und dann muß man auch noch einmal in den einzelnen Gruppen differenzieren. Im arithmetischen Mittel haben die Arbeiterhaushalte 1992 ein verfügbares Einkommen in Höhe von knapp 50.000 DM, die Angestelltenhaushalte in Höhe von knapp 62.000 DM und die Beamtenhaushalte sogar in Höhe von knapp 71.000 DM gehabt.⁹ Die Arbeitnehmerhaushalte haben durchschnittlich etwa 10% ihres verfügbaren Einkommens gespart, 3,8% aller Arbeitnehmerhaushalte mußten monatlich mit weniger als 2.000 DM auskommen, 25,3% mit weniger als 3.000 DM. Allein in der Gruppe der Arbeiter waren 400.000 Haushalte auf weniger als 2.000 DM und schließlich 2,2 Mio. Haushalte, das sind 35% dieser sozialen Gruppe, auf weniger als 3.000 DM angewiesen. Die Arbeitnehmerhaushalte haben in der ersten Hälfte der 80er Jahre Teile ihrer Kaufkraft real einbüßen müssen, d. h. die Lohnzuwächse haben die höheren Belastungen durch Steuern, Sozialabgaben und Geldentwertung nicht ausgleichen können. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre stiegen die Realeinkommen insgesamt gerade soviel, daß die Einkommensverluste wieder wettgemacht werden konnten und die Arbeitnehmerhaushalte am Ende der 80er Jahre real fast wieder dort standen, wo sie sich am Ende der 70er Jahre schon einmal befunden hatten. In den 90er Jahren ist ebenfalls eine Auf- und Abentwicklung bei den Reallöhnen zu verzeichnen.¹⁰

Anders in der Gruppe der Selbständigenhaushalte: Diese verzeichnen seit 1970 fast durchgängig einen Einkommenszuwachs. Die Selbständigenhaushalte außerhalb der Landwirtschaft (knapp 7% aller Haushalte) hatten 1992 ein verfügbares Einkommen von 278,4 Mrd. DM (= 16,9%

aller verfügbaren Einkommen). Pro Haushalt ergab dies im Schnitt 167.796,- DM. Mit 61.752,- DM standen pro Haushaltsangehörigen 10.000 DM mehr zur Verfügung als im Schnitt für eine ganze Arbeiterfamilie bzw. fast genau so viel wie für eine Angestelltenfamilie!¹¹ Allerdings bestätigt eine neue Untersuchung von Irene Becker und Richard Hauser die große Spreizung der verfügbaren Einkommen innerhalb der Selbständigenhaushalte, so daß diese Durchschnittswerte die eigentliche Einkommensdynamik nur unzureichend wiedergibt.¹² Neben den Unternehmern



sind die Selbständigenhaushalte die eindeutigen Gewinner im Verteilungskampf der 80er Jahre. Nun ist dabei zu bedenken, daß Selbständige im Regelfall eigenständig Vorsorge für allgemeine Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter treffen müssen.

Neben den unteren Einkommensbeziehern in den Arbeitnehmerhaushalten sind

die eigentlichen Verlierer im Verteilungskampf die Arbeitslosen. 1992 standen hier jedem Haushalt im Schnitt nur 34.836 DM, je Haushaltsangehörigen nur 15.432 DM zur Verfügung.¹³

Global gilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte hat mit einem Anteil von ca. 58,2% der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als die beiden unteren Drittel zusammen, auf die nur ca. 41,8% entfallen. Eine große Differenz besteht noch einmal zwischen dem mittleren und dem unteren Drittel: Auf das untere Drittel aller Haushalte entfällt mit einem Anteil von ca. 15,7% nur die Hälfte dessen, was ihm proportional eigentlich zustünde. Aber auch das mittlere Drittel bleibt mit einem Anteil von ca. 26,1% unter seinem ihm bei gleicher Verteilung zustehenden Drittel (Prozentanteile nach Zahlen des DIW).

Schreibt man die Aussagen zu Globalisierung und (Re-) Regionalisierung fort, so wird es in der Bundesrepublik Deutschland Regionen, Teilregionen und Teilgebiete geben, in denen auch in Zukunft gutes und sehr gutes Geld verdient werden wird, aber es werden sich zugleich Strukturen verfestigen, die auch dann, wenn der Arbeitsmarkt weiter flexibilisiert und das Arbeitsrecht weiter aufgeweicht werden sollten, nicht bewirken werden, daß Beschäftigung im wünschenswerten Umfang eintritt. Unter Einbeziehung des erheblichen Immigrationspotentials aus der EU, aus Ost- und Südosteuropa wird es auf Jahre hinaus mehr Arbeitskräfte als Arbeitsplätze geben. Eine Option für eine soziale Gestaltung der Zukunft der einen Welt wird hier ganz andere Dimensionen mitdenken müssen, als in dem vorliegenden Diskussionsentwurf geschehen. Gerade wenn man nicht will, daß irrationale Ängste vor globalen Entwicklungen und Verwerfungen greifen und in Nationalismen oder ähnlichen Ideologien

ihren Niederschlag finden, bedarf es eines schonungslosen offenen Bilanzierens von diesen Folgen von Globalisierung und (Re-) Regionalisierung. Denn diese soziale Polarisierung findet keineswegs nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschlands¹⁴ und im globalen Verhältnis des traditionellen Nord-Südkonfliktes statt. Studien etwa der „Observatory on National Policies to Combat Social Exclusion“ der EU belegen in beeindruckender Weise vergleichbare Prozesse sozialer Polarisierung in den anderen EU-Ländern.¹⁵ Es bedarf wahrlich keiner grossen Phantasie sich vorzustellen, wie sich entsprechende Interessenslagen auf regionaler Ebene niederschlagen und zu Formen der Gegenwehr führen – eine Gegenwehr, der nicht per se jegliche Legitimation abgesprochen werden kann und darf. Denn Konflikte und Konkurrenzen um Lebenschancen gewinnen im Regelfall ihre Brisanz zwischen den unterschiedlichen Gruppen und Teilgruppen am unteren Ende der Sozialpyramide und nicht global zwischen allen Teilen der Gesellschaft.

4. Verfestigung der Lebenslage Armut

1993 sind in Deutschland insgesamt 5 Mio. Personen von Sozialhilfe abhängig gewesen. Die weit überwiegende Zahl der Leistungsempfänger hat Hilfen zum Lebensunterhalt bekommen, aber auch die Zahl der Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen ist sehr hoch: Ein Teil nimmt beide Leistungen in Anspruch, doch ist dies bei der Gesamtzahl der Leistungsempfänger statistisch herausgerechnet.

Insgesamt sind Frauen stärker von Sozialhilfeabhängigkeit betroffen als Männer. Dies gilt für die beiden großen Leistungsgruppen in der Sozialhilfe. Desweiteren zeigt diese Strukturanalyse, daß Kinder und Jugendliche einen hohen Anteil unter den Sozialhilfeabhängigen aufweisen, daß daneben aber vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 60

Jahren auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und schließlich stellen die Ausländer in Gesamtdeutschland nunmehr einen Anteil von über einem Viertel an den Leistungsempfängern.

Insgesamt haben 1993 2.059.889 Haushalte (außerhalb von Einrichtungen) Hilfen zum Lebensunterhalt bekommen. Unter allen Einzelgründen kommt mit einem Anteil von 33,2% der Arbeitslosigkeit das größte Gewicht zu. Dies trifft auch bei fast allen Haushaltstypen zu. Dabei ist allerdings fraglich ob mit diesem Anteil von knapp einem Drittel das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit als Hauptursache schon hinreichend erfaßt ist. Auch hinter den Rubriken „Krankheit“, „Ausfall des Ernährers“, „unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche“ sowie „unzureichendes Erwerbseinkommen“ verbergen sich nicht selten mittelbar oder unmittelbar Folgen von Arbeitslosigkeit bzw. der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Nunmehr liegen zum zweitenmal umfangreiche Zahlen über die Sozialhilfeabhängigkeit in Ostdeutschland vor. Insgesamt ist die Zahl der Sozialhilfeabhängigen in Ostdeutschland von 1991 – 1993 um 53% gestiegen, wobei die Männer ein Plus von 65,6% zu verzeichnen haben. Eine genauere Analyse zeigt, daß der Zuwachs bei den Hilfen zum Lebensunterhalt bei den Deutschen wesentlich geringer ausfällt als bei den Ausländern (letztere ein Plus von 446,7%). Dabei handelt es sich weit überwiegend um einen Anstieg auf Grund der Zuwanderung von Asylbewerbern, die in den fünf neuen Bundesländern untergebracht worden sind. Gleichwohl ist auch der Zuwachs der Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt unter der ostdeutschen Bevölkerung mit 33,9% sehr groß.

Die vorliegende Schichtung zeigt, daß sich die Struktur der Sozialhilfeabhängigen in Ostdeutschland insgesamt sehr rasch an die in Westdeutschland angeglichen hat:



Frauen sind überproportional vertreten, doch paßt sich der Anteil der Männer dem in Gesamtdeutschland an. Auch die Altersschichtung gibt im wesentlichen den gesamtdeutschen Trend für 1992 wieder. Zwei wesentliche Unterschiede fallen auf. Zum einen ist der Anteil der Frauen in Ostdeutschland unter den Empfängern von Hilfen in besonderen Lebenslagen sehr viel höher als in Westdeutschland. Zwei Drittel der Frauen, die Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten, beziehen Hilfe zur Pflege. Hier wirkt sich also das damalige

Fehlen einer Pflegeversicherung besonders kraß aus.

Zum anderen ist der Anteil ausländischer Hilfebedürftiger noch wesentlich kleiner als in Westdeutschland. Dies hängt zum einen damit zusammen, daß der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sehr viel geringer ist als in Westdeutschland. Zum anderen dürfte 1992 die Zahl der Asylbewerber in Ostdeutschland geringer gewesen sein als in Westdeutschland, was sich allerdings in der Zwischenzeit verändert haben dürfte.

Durch die Sozialhilfe wird ein Lebensstandard festgeschrieben, der bei ca. 40% des durchschnittlichen gewichteten Familieneinkommens in der Bundesrepublik Deutschland liegt. Zwischen 30 und 50% der Anspruchsberechtigten stellen keinen Antrag beim Sozialamt, sie leben also unterhalb dieser Grenze. Eine Rezension der Hartmann-Studie¹⁶ zur Dunkelzifferproblematik bei dem Sozialhilfebezug im Organ des Deutschen Städtetages fand denn auch, die Hartmann-Studie zeige, daß die Sozialhilfeleistungen zu hoch seien, denn

offensichtlich könne man auch mit weniger leben. Dieses Argument ist ebenso zutreffend wie zynisch und belegt letztlich den politischen Charakter von Armutsgrenzen in unserer Gesellschaft.

Armut hat über diese massiven Einschränkungen der zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen hinaus Auswirkungen auf die gesamte Lebenslage, wie umgekehrt diese gesamte defizitäre Lebenslage im Regelfall zu erheblichen materiellen Einschränkungen führt:

So wie die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt eine der Hauptursachen für den rapiden Anstieg der Armutsbevölkerung darstellt, hat diese ihrerseits nur schlechte Chancen, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Dies betrifft vor allem Frauen. Diese werden in besonders großer Zahl in sozialversicherungsrechtlich nicht gesicherte prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt.

Dort, wo das Leben von der Hand in den Mund zur Norm wird, fällt perspektivisches Denken fort, handele es sich um die gesundheitliche Vorsorge bei den Kindern



und bei den Erwachsenen selbst, um die schulische Ausbildung oder um berufliche Qualifikation. Umgekehrt sind die Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Schule und in weiten Bereichen der beruflichen Ausbildung letztlich mittelschichtenorientiert und nicht auf die emotionalen und kulturellen Standards von Personen eingestellt, die dieser Mittelschichtorientierung nicht entsprechen. Aus dem Zusammenreffen des tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandels, dem Fortfall bestimmter Typen weniger qualifizierter Arbeitsplätze und der Tatsache, daß von den Geburtsjahrgängen 1960 – 1969 in den 80er Jahren ca. 1,5 Mio. junge Menschen ohne jeglichen beruflichen Ausbildungsabschluß geblieben sind, erwächst ein neues, starkes Armutspotential in unserer Gesellschaft. Dieses wird durch das Wegbrechen ganzer Wirtschaftszweige in Ostdeutschland und den dort gleichsam im Zeitraffer stattfindenden Strukturwandel noch erheblich verstärkt.

Während das neue Bundesland Sachsen in seiner Verfassung das Recht eines jeden Menschen auf angemessenen Wohnraum als Staatsziel verankert, wird das Wohnungsproblem bundesweit zu einem sozialen Skandal größten Ausmaßes. Veränderte Lebensinstellungen, der hunderttausendfache Zuzug von Aus- und Übersiedlern und eine verfehlte Wohnungspolitik haben dazu geführt, daß insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten vor allem für einkommensschwache Familien kaum noch angemessener Wohnraum zu tolerablen Mietpreisen zu haben ist: Das untere Zehntel der Einkommensbezieher in der Bundesrepublik Deutschland (Altgebiet) muß – trotz Entlastung durch Wohngeld – rund 38% seines jeweils verfügbaren Haushaltseinkommens aufwenden, um seine Wohnung finanzieren zu können. Das obere Zehntel der Einkommensbezieher dagegen muß, obgleich hier selbstverständlich eine

weitaus bessere Qualität der Wohnung gegeben ist, lediglich ca. 15% seines jeweiligen verfügbaren Familieneinkommens für Mietzahlungen aufwenden.¹⁷ Mietschulden, Räumungsklagen und die Einweisung in Obdachlosenasyile sind an der Tagesordnung. Die als vorübergehende Notmaßnahme gedachten Einweisungen erweisen sich zunehmend als dauerhafte Deklassierung der Betroffenen.

Arbeitnehmer ohne eine qualifizierte Berufsausbildung und an unqualifizierten Arbeitsplätzen sind in besonderem Maße Belastungen wie schwerer Arbeit, Hitze, Kälte, Nässe, Streß u.a.m. ausgesetzt. Entgegen immer wieder erhobenen Vorwürfen über ungerechtfertigtes und leichtfertiges Krankfeiern hängen Ausmaß und Dauer der Arbeitsunfähigkeit im Regelfall von diesen Belastungen der Arbeitswelt ab. Arbeitsbedingte Erkrankungen und daraus resultierendes chronifiziertes Leiden werden nach wie vor im wesentlichen als ein privates Problem der betroffenen Arbeitnehmer angesehen. Häufig folgen aus derartigen Belastungen ein frühes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, niedrigere Renten und – wie etliche Studien belegen – ein vorzeitiger Tod.¹⁸

Armut produziert Armut. Folgt man dem Sozioökonomischen Panel, so sind im Zeitraum von 1984 – 1992 82,5% der Bevölkerung nie unter die 40%-Armutsgrenze, 68,8% nie unter die 50%- und 54,7% nie unter die 60%-Armutsgrenze gerutscht. Umgekehrt haben in diesem Zeitraum 35,3% der westdeutschen Bevölkerung ein- oder mehrmals mit weniger als 60%, 32,4% mit weniger als 50% und immer noch 17,5% ein- oder mehrmals mit weniger als 40% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auskommen müssen. Dabei handelt es sich bei etwa der Hälfte der Fälle um ein einmaliges Unterschreiten der Armutsschwelle, doch zeigt sich auch, daß 10,2% der gesamten Bevöl-

kerung 4 – 9 mal die 50%-Grenze unterschritten haben. Viele Haushalte oszillieren mit ihrem Einkommen gleichsam um diese Grenze, nur ca. einem Viertel gelingt es, in eine sichere armutsferne Position zu gelangen.¹⁹

Und schließlich fällt ein überdurchschnittliches Verarmungsrisiko insbesondere bei Kindern unter 15 Jahren, bei Ausländern, bei Personen ohne Schulabschluß bzw. nur mit Hauptschule, bei Geschiedenen und vor allem bei Arbeitslosen auf. Bei diesen sozialen Gruppen kumuliert auch die Häufigkeit der Armut.

Die individuellen Antworten der Betroffenen auf diese Verarmungsprozesse sind unterschiedlich: Autoaggression, Depression, Apathie, Krankheit, früher Tod einschließlich zunehmender Selbstmordraten. Menschen werden im wahrsten Sinne des Wortes stillgelegt! Zugleich wächst aber auch das nach außen gerichtete Aggressionspotential in unserer Gesellschaft: Der Haß auf das Fremde, den Ausländer, den Asylbewerber, den anscheinend Bevorzugten, Angst und Neid suchen sich in der Tat Luft zu verschaffen. Dies ist der Nährboden für extremistisches Verhalten, was in Deutschland fast synonym mit rechtsradikalen Bewegungen ist.

Armut stigmatisiert, wird ausgegrenzt. Die Siedlungen am Rande der Stadt, einzelne Stadtteile und Gegenden sind Ghettos der Armut. Doch diese Ghettoisierung kann sich sehr schnell umkehren: In vielen Großstädten der USA leben neben den Armen auch die Reichen in Ghettos, dort mit hohen Zäunen, Wachpersonal und Zugangskontrollen vor der Armut abgeschottet. Armut schafft in jeder Gesellschaft ein Gewaltpotential, das mit innerstaatlicher Aufrüstung – privat und/oder öffentlich – beantwortet wird!

Dieses Gewaltpotential wird in dem Maße zunehmen, als es nicht gelingt, Teilhaberechte der solchermaßen Ausgegrenz-

ten sicherzustellen. Wenn dieses innergesellschaftliche Gewaltpotential dann auch noch durch mafiose Strukturen von außen verstärkt wird, so wird dies eine ernsthafte Bedrohung der sozialen und politischen Stabilität unserer Gesellschaft werden.

5. Sozialpolitische Optionen

5.1. Wege aus der Arbeitslosigkeit

Das vorgelegte Diskussionspapier benennt als vorrangiges Ziel von Politik die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Es fehlt eine kritische Würdigung der Tatsache, daß in der EU strukturell widersprüchliche politische Perspektiven verfolgt werden, nämlich einmal bezogen auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ein stramm angebotsorientiertes Konzept²⁰, während in sozialpolitischen Dokumenten sehr viel stärker nachfrageorientierte und kompensatorische Elemente verhandelt werden.²¹ Es fehlt also ein einheitliches, von den unterschiedlichen nationalen Politiken getragenes Konzept. Das auch in diesem Diskussionspapier aufgegriffene Subsidiaritätsprinzip, wie es im Vertragswerk von Maastricht erneut bestätigt worden ist, müßte doch auf seine Effizienz wenigstens hinterfragt werden, wenn man sich so vehement für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit einsetzt. Zumindest muß sich das Papier in der weiteren Diskussion die Frage stellen lassen, wie denn bei bestehender Freizügigkeit und Migrationsproblematik nationale Politik – wenn sie es denn will – tatsächlich in einem so klaren Maße Massenarbeitslosigkeit überwinden soll, wie hier gewünscht.

Das Papier fordert neben anderen sinnvollen Maßnahmen ein Teilen der Arbeit, nämlich „Arbeitszeitverkürzungen auch ohne vollen Lohnausgleich“ (allenfalls für die unteren Lohngruppen) (Ziffer 47). Teilen ist eine christliche Tugend! Als die Gruppe „Armut und Unterversorgung“ zu

Beginn des deutsch-deutschen Einigungsprozesses analytisch und prognostisch die weitere Entwicklung im Frühjahr 1990 zu fassen suchte, titelte sie: „Reichtum und Armut in Deutschland oder: Die Tugend des Teilens bleibt allein den Armen“.²² Es gehört ganz offensichtlich zu den unausrottbar sozialetischen Grundsätzen von kirchlichen Sozialkammern, ethischen Debattierklubs etc., daß Teilen sehr einseitig bei den Arbeitnehmern stattzuhaben hat. Dies hat lange Tradition: Schon immer haben die Wohlhabenden und auch kirchliche Kreise gewußt, zu viel Geld in den Händen der Arbeitenden führe letztlich nur zu Trunksucht, einem liederlichen Lebenswandel und zu Gottlosigkeit! Es kann doch nicht wahr sein, daß angesichts – von der Studie selbst konstatiertes – massiver Verschiebungen des Verhältnisses der Löhne zu den Gewinnen per se auf eine weitere Absenkung von Löhnen erkannt werden kann, ohne daß auch nur im Ansatz eine vergleichbare Kompensationsleistung seitens der Gewinne und deren Nutznießer angedacht wird! Das Streichen von Subventionen (Ziffer 49) kann hier nur teilweise als entsprechende Kompensation dienen, werden doch mit diesen im Regelfall regional-,struktur- und branchenpolitische sowie letztlich Ziele wie der Erhalt von Arbeitsplätzen verfolgt, auch wenn da manche Förderung sehr viel effizienter eingesetzt werden könnte. Eine entsprechende Kompensation müßte vielmehr auf die stetig wachsenden liquiden Rücklagen im Unternehmensbereich zielen, die 1993 auf ca. 900 Mrd. DM beziffert werden.²³

Die Denkschrift fordert nicht eigentlich Teilen, sondern ein einseitiges Opfer! Wenn es denn stimmen würde, daß sich dieses Opfer in zukünftiges Wirtschaftswachstum einschließlich einem Wachstum von Arbeitsplätzen niederschlagen würde, so wäre dies ja zumindest bedenkenswert. Die staatliche Umverteilungspolitik hat in

den 80er Jahre schon massiv zugunsten der Gewinne und der höheren Einkommen umverteilt. Das DIW aber resümiert in einer nur noch als sarkastisch zu bezeichnenden Weise: „Nachdem die Unternehmen in der ersten Hälfte der 80er Jahre entlastet worden waren, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die mittleren und höheren Einkommensgruppen überdurchschnittlich begünstigt wurden, hatten zu Beginn der 90er Jahre die unteren Einkommensgruppen den Großteil der Last – relativ zu ihrem Einkommen – zu tragen. (...) In den 80er Jahren hat die Finanzpolitik (...) die Einkommen über die marktmäßige Entwicklung hinaus zugunsten der Unternehmen bzw. der Gewinneinkommensbezieher umverteilt. Dies wurde begründet mit der Notwendigkeit, angebotsseitig die Bedingungen für Investitionen in Westdeutschland zu verbessern. Dafür, daß dies erfolgreich war, gibt es keine Belege.“²⁴

In Ziffer 40 geben die Autoren des Diskussionsbeitrages ihrer Freude Ausdruck, daß jüngste Tarifabschlüsse inzwischen ein höheres Maß an Flexibilität erkennen lassen, sprich eine Spreizung der Löhne nach unten ermöglichen. Wieso damit per se eine stärkere Ankoppelung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung erreicht werden soll, ist nicht einsehbar. Effektivlöhne haben immer schon eine größere Spreizung als Tariflöhne – vor allem nach oben, weil Betriebe Fachpersonal gegen Abwerbung halten wollen. Und da etwa im internationalen Wettbewerb die Lohnstückkosten und nicht die Lohnkosten entscheidend sind, ist zu vermerken, daß sich die Lohnstückkosten in Deutschland in den letzten Jahren nicht zuletzt als Folge arbeitsplatzvernichtender Rationalisierungsinvestitionen sehr moderat entwickelt und z.T. sogar gesenkt haben. Die Studie verwendet nicht einen Hinweis auf die gerade jetzt breit diskutierte Fähig- oder Unfähigkeit gerade deutscher Großunternehmen, sich markt-

und zukunftsgerecht zu verhalten. Auch hier wieder einseitige Schlußfolgerungen, bevor die Ursachen in ihrer gesamten Breite dargelegt worden sind.

Sinkende bzw. stagnierende Lohn- und steigende Gewinnquoten konstatierend,

sucht die Diskussionsgrundlage nach einer Strategie, Verteilungskonflikte zu vermeiden. Sie macht zwei Vorschläge, einmal fordert sie eine Art Beschäftigungspakt zwischen Sozialpartnern, Politik und Bundesbank, zum anderen will sie einen gerin-

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahrszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/ Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: Unterschrift:

geren Lohnanstieg durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital kompensieren. In jedem Falle sollten „die Erträge und die Lasten einer gemeinwohlorientierten Politik in der Gesellschaft fair verteilt werden“ (Ziffer 43). In dieser Zielvorstellung wird verbal Konsens bestehen, nicht aber in der konkreten Praxis. Denn darüber, was „fair“ meint, wird genauso gestritten wie über das, was „gerecht“ ist. Da es aber nicht das Ziel kirchlicher Stellungnahmen ist und sein kann, ihre ethischen Wertmaßstäbe der sozialen Realität gleichsam im vorauseilenden Gehorsam anzupassen, ist es sinnvoll, entsprechende Begriffe wie „fair“, „gerecht“ etc. mit eigenen Inhalten zu besetzen.

5.2 Reform und Konsolidierung des Sozialstaates

Die vorliegende Analyse des Sozialstaates leistet einen angemessenen Beitrag, zum einen den Sozialstaat vor ungerechtfertigten Kritiken von rechts wie von links in Schutz zu nehmen, zugleich auf Reformnotwendigkeiten und -potentiale hinzuweisen. Es ist der Versuch, den derzeit in hohem Maße ideologisch, das meint den interessenbezogen verkürzten Begriff des „Umbaus“ des Sozialstaats zu besetzen und mit einem reformorientierten Inhalt zu füllen.

Daß Sozialstaat nicht per se meinen kann, daß der Staat immer mehr von sei-

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

- eine einmalige Spende in Höhe von DM ,
- die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,
- die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem Konto bei der (Kreditinstitut)

BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein Neu-Abo Alt-Abo

nen Bürgern abverlangt und einen immer größeren Teil des erwirtschafteten Sozialprodukts „umverteilt“, ist inzwischen gesicherte Erkenntnis in Wissenschaft und Politik. Wer also Gestaltungsraum im Sozialstaat haben oder erweitern will, muß in Besitzstände eingreifen, teils in nicht mehr zeitgemäße, in verteilungspolitisch unerwünschte oder sei es schlicht in solche, die aus unredlichem oder gar wirtschaftskriminellem Treiben entstanden sind. Der Text mahnt die Beseitigung von „Gerechtigkeitslücken“ etwa bei der Finanzierung der deutschen Einheit an (Ziffer 65). Dieses resultiert daraus, daß zum einen der tatsächlich geübte Solidarausgleich in hohem Maße über Sozialversicherungen laufe, an denen bestimmte soziale und Einkommensgruppen nicht oder nur in geringerem Maße beteiligt sind als insbesondere die Arbeiter und Angestellten. Insgesamt sei die „anfangs große Bereitschaft zu Solidarität“ nicht ausreichend politisch genutzt worden. Neuerliche Berechnungen des RWI bestätigen: Auch mit Solidaritätszuschlag werden die Spitzenverdiener ab 1.1.1995 mit 4,6% eine geringere Belastung durch Steuer- und Sozialabgaben haben als etwa Durchschnittsverdiener mit 5,1%. Ohne Solidarzuschlag gar haben die reichen Haushalte mit 2,7% deutlich weniger zur Finanzierung der deutschen Einheit beigesteuert als etwa die Durchschnittsverdiener mit 3,7%.²⁵

Werden solchermaßen verstärkt Zahler von Beiträgen im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung zur Begleichung sozialer Ungleichgewichte herangezogen, verweist der Text auf zwei ebenfalls im Steuerrecht vorhandene Mechanismen hin, die die Belastungen in der Solidargemeinschaft zu Lasten der kleineren und mittleren Einkommen verschieben. So wird als sozialstaatliche Fehlentwicklung angesehen, daß sozialpolitisch motivierte Steuerentlastungen „die Begünstigten umso mehr entlasten, je

höher ihr steuerpflichtiges Einkommen ist.“ (Ziffer 67) Unter den zahlreichen angeführten Beispielen fehlt das wichtigste Exempel: das Ehegattensplitting!

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Wie die Steuerstatistik zeigt, hat sich das Aufkommen bei den Gesamtsteuern in den letzten 30 Jahren in der bundesdeutschen Geschichte geradezu verkehrt. Stellten 1960 die Gewinnsteuern (hier verstanden als Sammelbegriff von Einkommensteuer, nicht veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) noch einen Anteil von knapp 35%, so ist deren Anteil – unter gewissen Schwankungen – stetig gesunken und liegt 1992 bei ca. 17%. Umgekehrt ist der Anteil der vor allem von den abhängig Beschäftigten zu zahlenden Lohnsteuern von ehemals ca. 12% kontinuierlich gestiegen. Der kurze Rückgang im Verlauf der Steuerreform Ende der 80er Jahre ist insbesondere seit 1991 mehr als überkompensiert worden.²⁶

Parallel zum Anstieg der Lohnsteuer, wenngleich nicht im selben Umfange, ist in diesen drei Jahrzehnten der Anteil der Umsatzsteuern angestiegen. Da diese Umsatzsteuern besonders die Endverbraucher belasten, sind die breiten Einkommensbezieher letztlich – zumindest relativ gesehen – stärker am Aufkommen dieser Umsatzsteuern beteiligt als etwa die Besserverdienenden mit einer hohen Sparquote. Daß die Steuerlast im Ergebnis eher die unteren und mittleren Einkommensbezieher trifft, ist zum einen Ergebnis von Politik. Erinnert werden soll hier an die zahlreichen direkten und indirekten Steuererleichterungen in den 70er und insbesondere in den 90er Jahren. Dabei stellt die letztlich durchgesetzte Absenkung des Spitzensteuersatzes von 56% auf 53% lediglich die Spitze des Eisberges dar. Wenn der Durchschnittssteuersatz von Einkommensmillionären trotz langer Zeit unverändert belassenem Spitzensteuersatz von 56% von 49,6% im Jahr

1977 auf 46,6% im Jahr 1986 gesunken ist, dann ist dies die Folge von Mitnahmeeffekten. Bei Erhöhung etwa des Grundfreibetrages, Freibeträgen für Ausbildung bzw. Kinder und wenn der Progressionstarif abgeflacht wird, partizipieren die Reichen an diesen Verbesserungen, relativ sogar stärker als die Einkommensgruppen, für die diese Verbesserung eigentlich gedacht sind. „Dies ließe sich nur verhindern, wenn der Beginn der oberen Progressionszone z.B. bei den Grundfreibeträgen entsprechend nach oben geschoben worden wäre. Hierauf hat der Steuergesetzgeber jedoch verzichtet. Wäre der Durchschnittssteuersatz auch 1986 wie rund zehn Jahre zuvor (1977) bei 49,6% geblieben, dann hätte der Fiskus 1986 1,2 Mrd. DM mehr eingenommen.“²⁷

Zum zweiten ist unserem Steuersystem strukturell eigen, daß jener, der sein Erwerbseinkommen in abhängiger Tätigkeit erwirbt, grundsätzlich an der Quelle besteuert wird, während derjenige, der sein Einkommen in selbständiger Erwerbstätigkeit und Vermögen erwirbt, über ein weit gefaßtes Gestaltungsprivileg bei der Deklaration seines Einkommens als Grundlage für die Festlegung der Steuerschuld hat. Dabei gibt es eine breite Palette, von dem schlichten Verschweigen von Einkünften, der sehr großzügigen Handhabung von Abzugsmöglichkeiten bis hin zur exzessiven Ausnutzung von zeitlichen, prozeduralen und schließlich auch politischen Wegen. Mal werden der PC für die studierende Tochter als Betriebsausgabe deklariert, mal der echte Picasso als Bildschmuck der Zahnarztpraxis. Es werden Steuertermine hinausgeschoben, Abgaben hinausgezögert und sicher nicht nur im Falle Zwick schließlich auch die kleine und die große Politik bemüht.

Oliver Lang vom Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung kommt zu dem Ergebnis, daß die „individu-

elle Einkommensteuerlast (...) von der Fingigkeit des einzelnen Steuerzahlers bzw. seines Beraters ab-(hängt), Schlupflöcher im Steuersystem ausfindig zu machen“²⁸ Dabei – und dies ist die Pointe – gipfelt nach Berechnungen von Oliver Lang der tatsächliche, auf das Bruttoeinkommen bezogene Grenzsteuersatz bei lediglich 34%: „Diesen Höchstwert zahlten allerdings nicht die Haushalte mit den höchsten Einkommen, sondern jene der gehobenen Mittelschicht. An der Spitze der Einkommenspyramide nahm die Grenzsteuerbelastung wieder ab. Haushalte aus dem obersten Zehntel der Einkommenshierarchie überwiesen dem Finanzamt von einer zusätzlich verdienten Mark im Durchschnitt nur 32 Pfennige als Einkommensteuer. Dies führt dann zu beträchtlichen Einnahmeausfällen des Staates. Von der Datenbasis der EVS 1993 hochgerechnet auf 1992 beziffert Lang den Steuerausfall auf ca. 130 Mrd. DM.“²⁹

Es ist zwar richtig, daß das oberste Fünftel der direkten Einkommens- bzw. Lohnsteuerzahlenden mehr als die Hälfte des Steueraufkommens zu bestreiten hat, übersehen wird dabei allerdings dreierlei: Einmal entspricht dieser tatsächlich erbrachte Anteil der reichen Haushalte keineswegs dem gesetzlich vorgeschriebenen und müßte eigentlich höher sein! Zum anderen werden bei dieser Betrachtung lediglich die direkten Steuern, nicht aber die indirekten Steuern miteinbezogen. So sinkt mit steigender Sparquote etwa der Anteil, den ein Haushalt für Umsatzsteuern aufwenden muß. Bewertet man schließlich die Be- und Entlastungswirkungen des Steuerreformpakets 1986 – 1990 zusammenfassend, so zeigt sich sehr deutlich eine z.T. erhebliche Entlastung der oberen und eine deutliche Belastung der unteren Einkommensbezieher.

Wenn der vorgelegte Text der Kirchen gleichwohl von „insgesamt enger gewor-

denen Verteilungsspielräumen“ (Ziffer 2) spricht, so wäre hinzuzufügen, daß dies der „Steuerstaat“ zum einen selber zu verantworten hat und zum zweiten offensichtlich so will. In jedem Falle sollte dem Eindruck energisch entgegengetreten werden, als sei dies das Ergebnis gleichsam schicksalhafter Veränderungen von Demographie, Umbrüchen in Europa und allgemeinen Strukturkrisen der Wirtschaft.

Wenn die Denkschrift nun „Ausgewogenheit“ und „Differenziertheit“ beim Umbau des Sozialstaates und damit eine am Äquivalenzprinzip orientierte Belastung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine Prioritätensetzung bei der weiteren Ausgestaltung des Sozialstaates anmahnt, kann man ihr nur beitreten. Zu überlegen wäre, ob und in welchem Umfang nicht zuerst eine Reform des Mindestsicherungssystems erfolgen sollte. Hierzu liegen zahlreiche Vorschläge vor, etwa das Konzept einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die einen einheitlichen Mindestsockel für alle großen sozialen Sicherungssysteme vorsieht, so daß diese „armuttsicher“ werden.³⁰ Insgesamt geht auch die politische Diskussion innerhalb der EU und in Teilen der Wissenschaft in die Richtung einer besseren Absicherung von Mindeststandards.

Daß es sich hierbei nicht alleine um die Gewährung von Geldleistungen handeln kann, zeigt die außerordentlich lucide Analyse der Armutslebenslage: Armut als „Verliererschicksal“ (Ziffer 80) in einer auf Leistung und Konkurrenz fußenden Gesellschaft, also als „strukturelles Problem“ (Ziffer 85) zu begreifen, dies stellt einen soliden Zugang zu einer Politik dar, die es mit der Bewältigung von Armut ernst meint. Hier dürfte sich der Einfluß der überaus umsichtigen und kompetenten Caritas-Studie niedergeschlagen haben. Auch einzelne kirchliche Dokumente aus der Evangelischen Kirche sind hier zu nennen. Armut soll und darf nicht dramatisiert, aber auch

nicht verharmlost werden. Es bedarf enormer Anstrengungen, die tatsächlich vorhandene Armut zu bearbeiten, so daß nun wahrlich kein Bedarf besteht, sich darüber hinaus „dramatisierend“ zu betätigen, wie dies in letzter Zeit von einigen „dynamischen“ Armutsforschern bestimmten Einrichtungen und Wissenschaftlern in polemischer Absicht unterstellt wird.³¹

6. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Der Hinweis auf ihre großen Leistungen reicht offensichtlich nicht mehr aus, um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftliches und wirtschaftliches Integrationsmodell zu begreifen. Die Soziale Marktwirtschaft treffe „zunehmend auf Grenzen: Sie hat mit den Problemen Arbeitslosigkeit, Vermachtung der Märkte, international ausufernde Wirtschaftskriminalität, Zunahme der Einkommensdisparitäten, Benachteiligungen der Frauen und anderem mehr zu kämpfen“ (Ziffer 110). Es kann also nicht darum gehen, gleichsam ein Gesellschaftskonzept schlicht als unumstößlich anzusehen, es muß vielmehr den veränderten Bedingungen auf dem Wege der Reform angepaßt werden – oder es wird nicht mehr seine Integrationsleistung in einer sich polarisierenden Gesellschaft wahrnehmen können. Die sich gegenüberstehenden, zugleich notwendig ergänzenden Grundwerte „Freiheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ werden erneut so bestimmt, daß sie die notwendige Integrationsleistung für die eine Gesellschaft vollbringen können, in der jeder zugleich im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten seinen Beitrag für die Gesellschaft erbringt, wie umgekehrt die Solidargemeinschaft denjenigen aufzufangen sucht, der der Hilfe bedürftig ist.

In den Sozialwissenschaften wird in letzter Zeit diskutiert, inwieweit nicht in unserer Gesellschaft erneut eine Art Gesell-

schaftsvertrag geschlossen werden müsse, der die zentrifugalen Kräfte bündeln und zu einer neuen gemeinsamen Grundlage des Gemeinwesens führen könne. Denn die in der „Moderne“ vorhandenen Individualisierungs- und Pluralisierungsbestrebungen würden die in traditionellen Bewegungen etwa der Arbeiterbewegung geübten Solidarausgleich als nicht mehr tragfähig erscheinen lassen. Die Kirchen sollten sich nun keineswegs neueren sozialwissenschaftlichen Tendenzen verschließen, aber auch nicht umstandslos anzupassen trachten. Denn sie können, bei aller berechtigten und anzuführenden Kritik auf eine lange Tradition verantwortungsbewußt geübter, praktizierter Nächstenliebe zurückschauen. Insoweit dürften Kirchen wohl nicht so sehr die Ansprechpartner sein, wenn es um die Formulierung eines neuen Gesellschaftsvertrages geht. Gleichwohl erfahren auch die Kirchen die Notwendigkeit, sich zu vergewissern, wie denn ihr biblischer Auftrag angesichts massiver Verschiebungen und Veränderungen national und weltweit zeitgemäß umsetzbar ist. Der konziliare Prozeß zu „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ ist hierfür nur ein, keineswegs unproblematischer Versuch. Natürlich bedarf es der Vergewisserung von Gemeinsamkeiten in einem weltweiten konziliaren Prozeß, aber ebenso wichtig ist der Dialog mit Nebenan, die Konkretion der Option für soziale Gerechtigkeit vor der eigenen Haustür.

Und gerade daran fehlt es: An Kirchentagen beider Konfessionen sind die Hallen dann leer, wenn die Themen Arbeitslosigkeit, Armut angesagt sind. Ähnliches ist zu gemeindlichen und übergemeindlichen Bildungsveranstaltungen anzumerken. Die Beispiele sind beliebig ausweitbar. Ein Verdienst der Caritas-Studie zur Armut ist es, daß bei deren Erstellung die mit der Bewältigung von Armutsfragen Betroffenen aktiv einbezogen und in die Diskussion der ab-

geleiteten Forderungen breiteste Kreise innerhalb der Kirche eingebunden worden sind. Dadurch hat sich die Sensibilität gegenüber der Komplexität von Armutsfragen innerhalb von Caritas-Verband und Katholischer Kirche erheblich verstärkt. Der Versuch nun, über die „wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland“ einen Konsultationsprozeß einzuleiten, ist ohne jeglichen Vorbehalt zu unterstützen. Im Ergebnis sollte ein „Runder Tisch“ etabliert werden, der für die Wahrnehmung sozialer und wirtschaftlicher Probleme sensibel macht, zugleich aber auch befähigt, das nun Notwendige und Mögliche auf den Weg zu bringen. Dies wäre kein neuer Gesellschaftsvertrag, vielmehr der Anschluß an die alttestamentlichen Bundesvorstellungen. „Bedingungen des gelingenden sozialen Lebens“ zu suchen, nach Konkretionen also dessen, was der Begriff „Schalom“ meint, dies könnte der Beitrag von Christen zur Formulierung von sozialem Frieden sein – national und weltweit.

Zurecht hebt die soeben veröffentlichte Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung „Gemeinsame Initiative – Arbeit für alle!“ darauf ab, daß der Mensch von Gott angenommen ist vor jeder eigenen Leistung. Von daher ist zu fragen, ob und in welchem Umfange auch der Mensch in dieser Gesellschaft letztlich unabhängig von seiner Vorleistung ein Anrecht auf Mindestleistungen hat, die seiner ihm von Gott gegeben Würde entspricht. Dabei wird es sehr darauf ankommen müssen, diese Mindeststandards so festzulegen, daß eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben möglich ist. Sodann aber bedeutet Erwerbsarbeit die Teilhabe des einzelnen an dem Mittel, über den der eigenen Bedarf, der Bedarf der Familie und der Gemeinschaft sichergestellt wird: „Es entspricht (...) dem Prinzip der Menschenwürde, dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie dem verfassungsrechtlich be-

gründeten Sozialstaatsprinzip, daß Menschen im erwerbsfähigen Alter die Teilhabe am Erwerbsleben und damit an der Gestaltung der Gesellschaft ermöglicht wird.“ Ein Schalom ohne eine gerechtere Teilhabe aller an der vorhandenen und notwendigen Erwerbsarbeit aber wird nicht möglich sein.

Anmerkungen

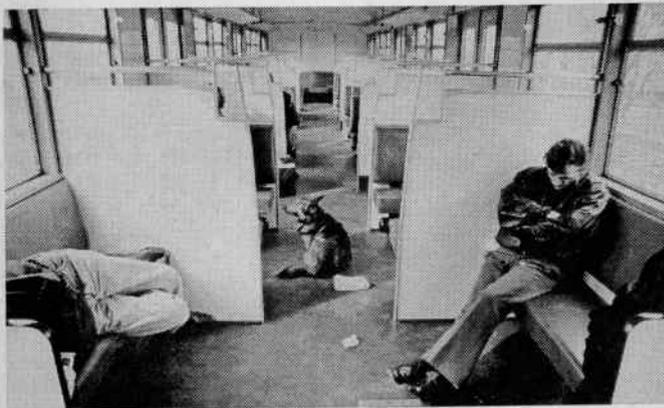
- 1 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen, Hannover und Bonn 1994.
- 2 Vgl. Huster, Ernst-Ulrich: Konsens im sozialen Konflikt: Zur Relativität sozialer Gerechtigkeit aus kirchlicher Sicht, Die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Abromeit, Heidrun und Wewer, Göttrik (Hrsg.): Die Kirchen und die Politik, Beiträge zu einem ungeklärten Verhältnis, Opladen, S. 180 ff.
- 3 ebenda, Seite 185.
- 4 Eißel, Dieter: Dezentralisierung als neuer Regulationstyp, in: Memo-Forum Nr. 21, Bremen 1994, Seite 49.
- 5 Vgl. hierzu u.a. Huster, Ernst-Ulrich unter Mitarbeit von Bellermann, Martin, Krummacher, Michael, Kulbach, Roderich und Wohlfahrt, Norbert: Räumliche Ursachen sozialer Ausgrenzung. Vertiefungsstudie erstellt im Auftrag des EC Observatory on National Policies to Combat Social Exclusion, nicht veröffentlichtes Typoskript, Bochum 1994.
- 6 Checchini, P.: Europa '92, Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988.
- 7 Opitz, Peter J.: Armut, Not und Krieg verursachen die Flucht von Menschen, in: Frankfurter Rundschau vom 28. Juli 1993, 10 und Schewe, Dieter: Die Zuwanderungen aus Ost-/ Südosteuropa nach Deutschland – Stand und künftige Möglichkeiten, in: Sozialer Fortschritt, Heft 11/1992, 255.
- 8 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 37/1993: Verteilungsprobleme in Westdeutschland, Seite 502.
- 9 ders., Wochenbericht Nr. 45/1994: Die Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in Westdeutschland im Jahr 1992, S.769 ff.

- 10 Statistisches Bundesamt: Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen. Aktualisierte Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Jahre 1972 bis 1993, Typoskript, Wiesbaden 1994.
- 11 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 45/1994, a.a.O.
- 12 Becker, Irene und Hauser, Richard: Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, Typoskript, Frankfurt/M 1994.
- 13 Vgl. DiW Wochenbericht Nr. 45/1994, a.a.O.
- 14 Vgl. Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt/New York 1993.
- 15 Robbins, D. in collaboration with J. Berghman, D. Bourget, G.R. Cabrero, F. Hansen, C. Hartmann-Hirsch, E.-U. Huster, D. Karantinos, S. O'Cinnéide, J. Pereirinha, C. Saraceno, J. Vrancken: Observatory on National Policies to Combat Social Exclusion, Third Annual Report, Typoskript, London 1994.
- 16 Hartmann, Helmut: Sozialhilfebedürftigkeit und „Dunkelziffer der Armut“, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981.
- 17 Vgl. Ulbrich, Rudi: Wohnverhältnisse einkommensschwacher Schichten, in: Hanesch, Walter u.a. (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt/M 1990, Seite 206 ff.
- 18 Vgl. Huster, Ernst-Ulrich: Gesundheit – Risiken und Unterversorgung, in: ebenda, Seite 244 ff.
- 19 Vgl. Krause, Peter: Einkommensarmut im vereinigten Deutschland, Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Bochum 1993; vgl. auch Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 32/1991.
- 20 Vergl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch, Luxemburg 1993.
- 21 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten: Europäische Sozialpolitik, Weichenstellung für die Europäische Union, Grünbuch, Luxemburg 1993.
- 22 abgedruckt u.a. in TuP, Nr. 9/1990.
- 23 Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme in Deutschland im

- Jahre 1993, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1994, Seite 42 ff.
- 24 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 37/1993, Seite 505 und 507.
- 25 Vgl. DER SPIEGEL, Heft 34/1994, Seite 63.
- 26 Vgl. Bundesminister der Finanzen, Finanzbericht 1993, Bonn 1993, Seite 210 ff.
- 27 Eißel, Dieter: Reichtum unter der Steuerschraube?, Staatlicher Umgang mit hohen Einkommen und Vermögen, in: Huster, Ernst-Ulrich (Hrg.): Reichtum in Deutschland, a.a.O., Seite 97.
- 28 Lang, Oliver: Steuervermeidung und -hinterziehung: Eine Schätzung von Ausmaß und Gründen, in: ZEW Newsletter 1/1993, Seite 17.
- 29 ders., Die Reichen und ihre Steueroasen, in: Caritas 2/1994, Seite 59.
- 30 Vgl. das entsprechende Konzept der Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung“, abgedruckt u.a. in Frankfurter Rundschau vom 19.12.1985, Seite 11, das inzwischen in zahlrei-

chen Varianten auch von anderer Seite aufgegriffen worden ist, siehe u.a. den Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands von 1994: Hanesch, Walter u.a.: Armut in Deutschland, Reinbek b. Hamburg 1994.

- 31 Vergl. hierzu den polemischen Angriff von Leisering, Lutz: Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, in: Soziale Welt, Heft 4/1993, Seite 486 ff oder neuerlich von Leibfried, Stefan und Leisering, Lutz: Das neue Bild der Armut, in: DIE ZEIT vom 19.11.1994, Seite; vgl. als Replik u.a.: Jacobs, Herbert: Wer dramatisiert denn hier?, Anmerkungen zum Forschungsprojekt „Sozialhilfekarrieren“, in: Sozialer Fortschritt, Heft 5/1994, Seite 121 ff. sowie Gerstenberger, Heide: Die dynamische Armutsforschung und das Elend der Welt, in: Leviathan, Heft 1/1994, Seite 7 ff.



Bücher Sonderverkauf

Seit Jahren machen wir bei Kirchen- und Katholikentagen Büchertische bzw. vertreiben im Bund Verlagstitel zu Sonderkonditionen. Von vielen Titeln sind nur noch wenige Exemplare übrig, so daß wir uns entschlossen haben, diese Titel aus dem Lager zu nehmen und wesentlich zu verbilligen. Die Preisreduzierung beträgt mindestens 50%. Es sind insgesamt 60 verschiedene Titel aus den Gebieten Materialistische Bibellektüre, Religiöser Sozialismus und Theologie der Befreiung. Die Bücherliste ist zu erhalten bei Ulrich Peter, Fechnerstr.18, 10717 Berlin gegen 2,- DM Rückporto.

Die kirchliche Sozialcharta aus pazifistischer Sicht

Das (vorläufige) gemeinsame Wort der Kirchen 'Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland' beschäftigt sich in einem von insgesamt 128 Punkten mit dem Thema Rüstung. Im Punkt 7 (S.19f.) wird dabei eine wirksamere Kontrolle von Rüstungsexporten und Waffengeschäften gefordert, wobei die BRD – nach dem neuesten SIPRI-Bericht inzwischen weltweit auf dem zweiten Platz der Rüstungsexporte – mit schärferen Bestimmungen bei sich selbst beginnen sollte. Diese Einschätzung kann nur begrüßt werden. Eine grundlegende Erkenntnis der deutschen Friedensbewegung seit dem Kaiserreich haben die Kirchen leider völlig ignoriert, nämlich den Zusammenhang von Sozialabbau und Aufrüstung. Für den anstehenden Haushalt hat Finanzminister Waigel eine Kürzung des Verteidigungsetats (Einzelpl. 14) ausdrücklich abgelehnt. Natürlich sind auch in diesem Haushaltsentwurf die Kosten der Rüstung keineswegs nur auf den Einzelpl. 14 beschränkt, vielmehr enthalten andere Posten Finanzmittel, die ebenso für das Verteidigungsministerium bestimmt sind. Dieses Geld fehlt dann an anderer Stelle. Hier wären die Kirchen gut beraten, den gesamten Haushalt kritisch zu durchforsten.

Ein Blick zurück in die jüngste Vergangenheit und nach vorne in die nächste Zukunft können das Problem von Sozialabbau und Aufrüstung veranschaulichen.

Der Blick zurück:

- Für den Golfkrieg 1991 bezahlte die BRD – kaum vereint, schon wieder weltweit am Krieg beteiligt – ca. 19 Mrd. DM.
- Im Somalia-Einsatz der Bundeswehr wurden ca. 500 Mio. DM in den Sand gesetzt.

Der Blick nach vorne:

– Die anstehenden Programme für Rüstungsbeschaffungen werden den Bundeshaushalt erheblich belasten. Das bekannteste Beispiel ist der Eurofighter 2000 (ehemals: Jäger 90). Die ständig fortgeschriebenen Entwicklungskosten müssen inzwischen bei ca. 9 Mrd. DM (1988: 5,85 Mrd. DM) veranschlagt werden – bei einem Stückpreis von 200 Mio DM. Anstatt diesen Flieger zu stoppen, sollen von zunächst 250 Maschinen nun nur noch 130 angeschafft werden. Der Bundesrechnungshof kritisierte deutlich die permanenten Kostensteigerungen. Eine sozialverträgliche und ökologische Umwidmung der Rüstungsbetriebe ist notwendig. Weitere Kosten stehen an für das Kampfflugzeug Tornado, zwei Kampfhubschrauber sowie ein neues Überwachungsflugzeug. Für neue Kriegsschiffe sind insgesamt 1,2 Mrd. DM eingeplant. Auch bei der Munitionsbeschaffung und neuen Panzern für das Heer muß mit Milliardenbeiträgen gerechnet werden.

Wieviel Sozialstaat bleibt übrig angesichts derartiger finanzieller Belastungen? – und dies in einer Zeit, da Deutschland von Freunden nur so umzingelt ist.

Hintergrund dieser Umbaupläne ist die Ausrüstung der sog. Krisenreaktionskräfte. Seit Anfang 1995 existiert ein „Führungszentrum“ der Bundeswehr, das die Koordination der Auslandseinsätze vornehmen soll. Welche militärpolitischen und finanziellen Planungen kommen hier auf uns zu? Der Kalte Krieg ist noch keinesfalls vorbei.

Wer bezahlt die ökologischen Altlasten der alliierten Streitkräfte? Die Kommunen, die die Hauptlast der Sozialkosten tragen, sind völlig überfordert. Die Bundesregierung finanziert in dreistelliger Millionenhöhe die Technologie der Landminen. Das NATO-Mitglied Belgien ist aus dieser Produktion ausgestiegen. Weltweit werden ca. 200 Menschen pro Woche, vor allem in der Dritten Welt, Opfer dieser Waffen. Sehr großzügig gibt sich die Bundesregierung auch bei der Vergabe von HERMES-Bürgschaften, mit denen der Rüstungsexport angekurbelt wird.

Die christlichen Kirchen sind gut beraten, die Milliardenbeträge für die Rüstung sehr kritisch zu hinterfragen. Angesichts der Kürzungen im Sozialbereich, der Massenarbeitslosigkeit, der Wohnungsmisere und der Verelendung, müssen die Rüstungskosten drastisch gekürzt werden. Phantasien von einer Weltmacht sind äußerst kostspielig und entsprechen dem Denken des 19. Jahrhunderts. Hier sollten die Kirchen, die den Imperialismus und Kolonialismus unterstützt haben, aus ihrer eigenen Geschichte lernen. Soziale Probleme im eigenen Land sowie im Verhältnis Erste Welt – Dritte Welt können nicht gewaltsam gelöst werden. Dabei können die Kirchen Abschied von der „Lehre vom gerechten Krieg“ nehmen und sich endlich der „Lehre vom gerechten Frieden“ widmen.

NICARAGUA '96

¡Son ellos nuestra
MAÑANA!
Sie sind unser
MORGEN!

Zweisprachiger Postkartenkalender für 1996 mit 13 Motiven und 13 Texten der lateinamerikanischen Literatur zur Unterstützung der Ausbildung von GrundschullehrerInnen und der Volksbildung in Nicaragua



Herausgegeben vom Verein zur Erforschung und Förderung lateinamerikanischer Theologie u.a.

Preis:
1 Exemplar DM 17,00
ab 5 Exempl. DM/Sik. 16,00
ab 10 Exempl. DM/Sik. 15,00
(zzgl. Versandkosten)
Jeweils abzgl. DM 1,00 in den neuen Bundesländern sowie für StudentInnen, RentnerInnen, Arbeitslose, Zivis, etc; bei größeren Mengen Rabatte auf Anfrage.

Zu beziehen bei:
**Helga Vandirk, Schaumburger Str. 1, D-65555 Limburg
Tel. 06431/529157**

„Gewerkschaften – Schule der Nation“

Redebeitrag auf dem IG Metall-Kongreß

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bei den alten Preußen hier in Berlin hieß es, „die Armee ist die Schule der Nation“. Willy Brandt hat diesen Satz korrigiert und neu gefaßt, indem er sagte, die Schule der Nation ist die Schule. Darf ich jetzt und hier in Berlin sagen, die IG Metall, die Gewerkschaften sind die Schule der Nation? Wenn schon nicht die Schule, vielleicht die Nachhilfeschool der Nation.

Aus drei Gründen. Einmal, daß die Deutschen ökonomisch lesen und schreiben lernen, daß sie demokratiefähig werden und daß sie anders arbeiten lernen. Das sind die drei Punkte meiner Erwartungen.

Erstens die ökonomische Alphabetisierung. Die Deutschen sind reich, gehören zu den reichsten Ländern der Erde, was das Pro-Kopf-Einkommen angeht. Aber ökonomisch scheinen sie Analphabeten zu sein. Sonst wäre es nicht möglich, daß seit zehn Jahren in regelmäßigen Abständen eine Standort-Debatte geführt wird, wo der Sachverständigenrat eindeutig erklärt, eine allgemeine Standortschwäche der deutschen Wirtschaft ist nicht vorhanden beziehungsweise nicht beweisbar.

Es wäre auch nicht möglich, daß die riesigen Absatzmärkte, die jetzt im Osten Deutschlands, Osten Europas und in den Entwicklungsländern sich auftun, in erster Linie als Standort-Konkurrenz, als Bedrohung der eigenen Produktion und des eigenen Exports gesehen werden.

Es wäre auch der Widerspruch nicht möglich, auf der einen Seite über das hohe Lohnniveau zu klagen, die starre Lohnstruktur, die hohen Sozialleistungen, die hohe Staatsquote, die angeblich den Standort Deutschlands gefährdet, und andererseits hinzunehmen, daß Einzelunternehmen bereits jetzt wieder – seit Beginn des Jahres – Rekordzahlen im Export meiden, daß also wieder ein Exportüberschuß als Motor der inländischen Konjunkturbelebung beobachtbar ist, daß allerdings gleichzeitig die Lohnkosten als Motiv für die Standortschwäche in den Hintergrund treten, während die Aufwertung der Mark nun als Exportbremse beklagt wird.

Wenn die Deutschen ökonomische Alphabeten wären, dann könnte nicht gleichzeitig in der öffentlichen Meinung über die internationale Arbeitsteilung das Hohelied gesungen und andererseits der Strukturwandel beklagt werden. Wir haben auf der einen Seite die Lohnkostenvorteile. Damit berufe ich mich auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die besagt, daß in den vergangenen 25 Jahren die Lohnstückkostenentwicklung in Deutschland immer günstiger verlief als in anderen Industrieländern. Man könnte also diese Entwicklung auf der einen Seite nicht loben und andererseits die Tendenz zur Aufwertung beklagen. Das hängt ja doch wohl zusammen. (Vereinzel Beifall)

Man könnte nicht die Schwäche der Auslandsinvestitionen hier in Deutschland beklagen und gleichzeitig die Aufwertung

hinnehmen; denn auch das hängt zusammen. Herr Dr. Vogel – entschuldigen Sie, daß ich Sie jetzt anrede – Sie wissen, daß man in ein tendenzielles Aufwertungsland als Ausländer nicht ohne weiteres investiert. (Beifall)

Dieses Analphabetentum drückt sich auch in der Politik aus, daß seit Jahrzehn-



ten eine Politik am Ende der Röhre betrieben wird. Politik am Ende der Röhre kennen wir aus der Umweltdebatte. Wenn Schäden verursacht sind, werden sie nachträglich repariert. Politik am Ende der Röhre ist das drängende und wirklich sympathische Bemühen für die Langzeitarbeitslosen. Politik am Ende der Röhre ist auch, daß der Arbeitsmarkt zum Schlüssel der wirtschaftlichen und sozialen Krise erklärt wird und dann auch Themen wie Lohnkostensenkung, Wiederherstellung des Abstandsgebotes für Sozialleistungen und dergleichen mehr als Therapien für die Krise bezeichnet werden.

Ich will damit sagen: Deutschland könnte ökonomisch alphabetisiert werden, wenn derartige Widersprüche in der öf-

fentlichen Meinung von der IG Metall als einer solchen Schule der Nation aufgearbeitet würden. (Beifall)

Ich denke darüber hinaus, eine solche Gewerkschaft sollte auch die Worthülsen aufbrechen, mit denen öffentlich laufend Propaganda gemacht wird, zum Beispiel: Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit müssen sich wieder lohnen. Gleichzeitig sind ja fünf, sechs oder sieben Millionen Menschen da, die leistungsbereit – in Ostdeutschland ist das völlig unbestritten – und qualifiziert sind, und man läßt sie einfach nicht ran an die gesellschaftliche Arbeit. (Beifall) Ich hoffe, Sie geben Beifall für die Aufgabe, die auf Sie zukäme, um eine solche Analphabetisierung der Öffentlichkeit zu verhindern.

Die zweite Worthülse: Globalisierung der Märkte. Was ist denn eigentlich globalisiert? 60 Prozent des Welthandels verlaufen innerhalb der drei großen Handels-

blöcke, die sich nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus aufgetan haben: Ostasien, US-Amerika – jedenfalls der westliche Kontinent – und Europa. 70 Prozent des deutschen Außenhandels gehen in die europäischen entwickelten Industrieländer.

Was ist Globalisierung der Märkte? Selbst wenn es eine Globalisierung der Märkte, also der Handelsströme gäbe, dann ist es doch ein kleines Segment, das nicht verhindert, daß die Weltgesellschaft als ganze gespalten, zerrissen und fragmentiert ist. Vielleicht sind die globalisierten Märkte auch nur die Märkte der jeweiligen transnationalen Unternehmen, ein winziger Ausschnitt der Weltgesellschaft. Wenn Märkte globalisiert sind, dann sind

es allenfalls die Devisenmärkte. Erstaunlicherweise sind die Aktienmärkte, die Rentenmärkte und die Märkte für Güter und Dienste nicht so globalisiert.

Als letztes Stichwort für diese Analphabetisierung: Eigenverantwortung – das Wort fiel eben auch schon. In der Wirtschaftswissenschaft und auch in der öffentlichen Meinung wird der Eindruck erweckt, als sei das autonome Individuum die Schlüsselgröße der Wirtschaft, der souveräne Konsument und der privat-autonome Unternehmer oder das privat-autonome Unternehmen, die nach rationalem Kalkül, nach einem Ertrags- und Kostenkalkül entscheiden, ihre Motivation durchschauen, die Folgen ihres Handelns überblicken und dann auch beurteilen.

Daraus wird gefolgert, daß die Volkswirtschaft, die Weltwirtschaft zu fassen sei als eine Summe, als eine Vielzahl von Unternehmen und Betrieben. Was für das einzelne Unternehmen gut ist, ist für alle Deutschen gut. Diese Tendenz wird noch unterstützt von den Unternehmensberatern, die scharenweise diese Tendenz der Verbetrieblichung der Wirtschaft verstärken.

Ich würde von meiner Gewerkschaft erwarten, daß sie diese Tendenz der verkürzten Wahrnehmung durchschaut, daß sie diesen Etikettenschwindel der Verbetrieblichung der Wirtschaft, der Individualisierung, der Atomisierung durchschaut. Denn es muß aufgedeckt werden, daß die Wirtschaft ein System ist. Die Mauer wird nicht durch die Ziegelsteine erklärt, der Sandhaufen nicht durch die Summe der Sandkörner, die Melodie wird nicht erklärt durch die einzelnen Töne, und so wird auch die Wirtschaft nicht erklärt durch die einzelnen wirtschaftlichen Entscheidungen der quasi autonomen Wirtschaftssubjekte. (Beifall)

Wenn die Wirtschaft wie die Gesellschaft einen Handlungszusammenhang, ein System mit Rückkopplungen ist, dann –

das wurde eben nach meiner Meinung auch schon richtig gesagt – gilt nur die gemeinsam geteilte Verantwortung. Von daher denke ich, daß die Gewerkschaften hinter diesem großen Wort Eigenverantwortung auch faktisch die real existierende systematische Verantwortungslosigkeit aufdecken müßten, die darin besteht, daß die Unternehmen zum Beispiel durch den Vorruhestand Kosten abwälzen auf die Bundesanstalt für Arbeit. Daß der Finanzminister durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes Kosten abwälzt auf die Kommunen. Daß die Bundesbank die Tarifpartner verantwortlich macht für den Arbeitsmarkt und daß auch sie Kosten abwälzt auf die Tarifpartner in Form von Beschäftigungsmöglichkeiten, die nicht ausgeschöpft werden wegen einer entsprechenden Geld- oder Zinspolitik der Bundesbank. Oder daß die Nation Deutschland Kosten abwälzt auf andere Nationen, so daß es zu einem Wettlauf der Besessenen kommt, wie ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler es beurteilt hat. In Deutschland werden die Lohnnebenkosten gesenkt. Gut, man hat dann einen Standortvorteil geschaffen. Dann entdecken die Franzosen, daß ihre Lohnnebenkosten im Vergleich zu Deutschland zu hoch sind. Auch sie fangen an, sie zu senken. So kommt ein Wettlauf der Besessenen von oben nach unten zustande, am Ende auf Kosten der Schwächsten. Keynes hat es so formuliert: Wenn einer sich im Kino auf den Stuhl stellt, um besser zu sehen, und alle das nachmachen, dann verbessert sich die Lage für alle nicht, sie sehen alle gleich schlecht. (Beifall)

Ich würde von den Gewerkschaften erwarten, daß sie dieses Schwarze-Peter-Spiel nicht mitmachen, sondern sich weigern. (Beifall) Ich hatte es für falsch – wie es in der öffentlichen Meinung laufend vorkommt – , daß die Bundesbank für die Zinsen verantwortlich ist, die Regierung für den Wechselkurs, die Unternehmer für die

Preise und dann die Gewerkschaften für die Löhne verantwortlich gemacht werden. Das geht nicht und stimmt auch nicht.

Nur das vernetzte System Wirtschaft kann als Ganzes dafür sorgen, daß gemeinsam geteilte Verantwortung in konzertierten und kooperativen Handlungen auch geregelt wird. Anders geht es nicht. Die Tarifpartner sind sicher ein Vorbild dafür. Aber es reicht nicht, daß die Tarifpartner sich an einen Tisch setzen. Dazu gehört die Bundesbank, dazu gehören die Geschäftsbanken, dazu gehören auch die entsprechenden Gebietskörperschaften auf den verschiedenen Ebenen.

Sind die Gewerkschaften überfordert, wenn man ihnen oder wenn ich ihnen jetzt diese ökonomische Alphabetisierung der Bevölkerung zumute? Ich meine, nein, weil die Gewerkschaften über ihre Betriebsräte, über ihre Kollegen in den Betrieben über unmittelbare Informationen verfügen, um die sie jeder Wissenschaftler beneiden würde. Sie haben Zugang zu schnellen, zu authentischen Informationen. Der Streik im Januar hat gezeigt und die Kollegen im Betrieb haben gemerkt, daß es gegen eine Medienöffentlichkeit, gegen die von Politikern und Arbeitgebern beherrschte und von den Medien verstärkte Öffentlichkeit in anderer Richtung weitergeht, als noch nach den Klagen der Rezession zu sehen war.

Aus diesen Informationen heraus habe ich jedenfalls gedacht: Aha, es gibt doch noch eine Macht von Gewerkschaften, die auf Informationen an der Basis gründet und nicht das wiedergibt, was in der gespiegelten Medienwelt propagiert wird. (Beifall)

Wo ist das Schulgebäude, in dem die Gewerkschaften solches Wissen vermitteln könnten? Ich denke, das ist die gesellschaftliche, die politische Öffentlichkeit. Tarifrunden sind wichtig, Kanzlerrunden sind wichtig, alle Elefantenrunden sind

wichtig, weil die gesellschaftlich relevanten und tragenden Kräfte sich ihres wechselseitigen Einverständnisses vergewissern müssen.

Nur: Eine soziale Bewegung wie die Gewerkschaften muß als genauso wichtig ansehen den Eintritt in die gesellschaftliche, die politische Öffentlichkeit. Das war die Macht der sozialen Bewegungen, daß sie Öffentlichkeit besetzt haben mit ihren Themen, mit ihren Interessen, daß sie auf diese Weise die Öffentlichkeit verändert haben und praktisch selbst zur Öffentlichkeit geworden sind.

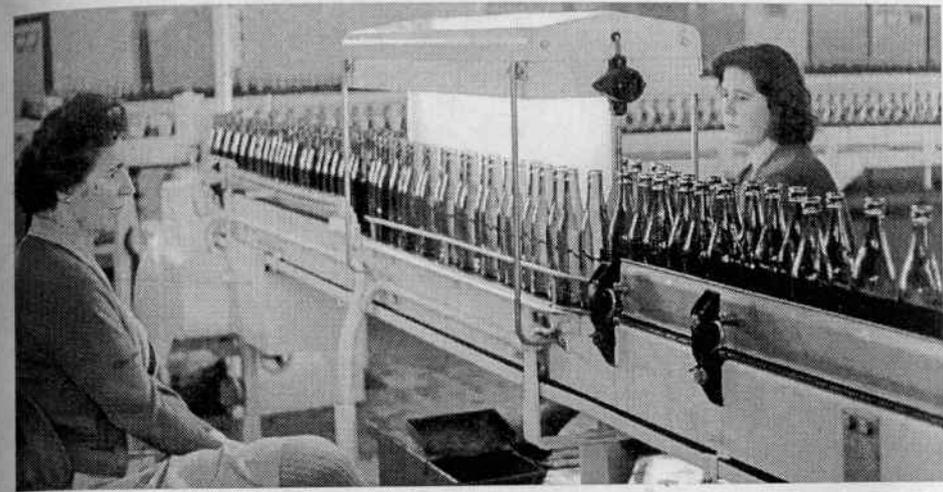
Das war der erste Punkt: ökonomische Alphabetisierung, die meiner Meinung nach not tut.

Zweitens: Schule der Demokratiefähigkeit. Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, also nach der deutschen Einigung, war die Marktwirtschaft die Antwort. Was war die Frage? Eine Frage war sicherlich die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Sie ist ganz unbestritten.

Natürlich spricht man im Einigungsvertrag nicht von der sozialen Marktwirtschaft. Im Einigungsvertrag ist die soziale Marktwirtschaft so definiert, daß selbst Vertreter der sozialen Marktwirtschaft sagen würden: Das ist die liberale, die freie Marktwirtschaft.

Die soziale Marktwirtschaft spielt ja im Grunde schon seit zehn Jahren im politischen Handeln und auch in der theoretischen Aufarbeitung keine Rolle mehr, weder die von Müller – Armack, die bewußt sozial gesteuerte Marktwirtschaft, noch die von Karl Schiller, die aufgeklärte Marktwirtschaft, die die keynesianische Botschaft mit dem Freiburger Imperativ verbinden wollte.

Die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft ist unbestritten. Ich denke, eine entscheidende Frage des Aufbruchs, jedenfalls derer, die diesem Aufbruch friedlich zum Durchbruch verholfen haben, war: Wie



können Marktwirtschaft und Demokratie, Wohlstand und persönliche Freiheit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden werden?

Das ist eigentlich immer die Frage der Arbeiterbewegung gewesen. Es ist auch heute noch die Frage der Mehrheit der Bevölkerung sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern.

Von daher würde ich sagen: Demokratiefähig zu werden bedeutet drei Wege, und zwar zum einen, das Tabu der Verteilungsgerechtigkeit zu durchbrechen. Es ist ja falsch, was man in den 80er Jahren gesagt hat, wie Reagan es mit dem Pferdespatzen-Syndrom zu beweisen versucht hat, also daß man die Pferde füttern muß, damit auch die Spatzen etwas zu essen bekommen. Es ist ja falsch, daß man den Kuchen erst backen muß, um ihn dann möglicherweise in gleiche oder ungleiche Stücke zu zerschneiden, daß erst produziert werden muß.

Ich denke, das Problem der nächsten Jahrzehnte ist nicht die Produktion – das Wachstum ist ja da –; die Verteilung ist das Problem. (Beifall)

Mit dem Wachstum der 80er Jahre und dem anscheinend wieder zu erwartenden Wachstum ist ja noch längst nicht verhindert, daß sich die Gesellschaft weiterhin spaltet. Ich denke, daß die Verteilung des Reichtums mitentscheidet über das Volumen und auch die Form des Wohlstands.

Wenn es so ist, daß Verteilungs – und Beschäftigungspolitik in einem gesehen werden müssen, dann, meine ich, könnten sich diejenigen, die für die Lohnpolitik verantwortlich sind, die Frage stellen, ob nicht die Entwicklung der Lohneinkommen stärker an die Entwicklung der Gewinneinkommen angekoppelt werden könnte. Nun braucht man dazu zwei Seiten, die das unterschreiben, das weiß ich. Wenn es aber verteilungs- und beschäftigungspolitisch vorteilhaft wäre, dann könnte man ja einen solchen Konsens zu erzielen versuchen. Man könnte auch versuchen, in die Beteiligung am Produktivvermögen einzusteigen über Tarifverträge und Kapitalbeteiligungsgesellschaften.

Wie gesagt: Dazu gehören immer zwei. Im Augenblick ist nicht zu sehen, wie die andere Seite auf einen solchen Vorschlag positiv eingehen würde.

Ein zweiter Weg neben der Verteilungspolitik ist die Demokratisierung des Betriebes, die Demokratisierung der Unternehmen. Die angebliche Dominanz der Finanzmärkte und die zugelassene Abkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft – falls es tatsächlich so ist – scheinen dazu zu führen, daß die Unternehmen wie Gebrauchtwagen gehandelt werden und auch ausgeschlachtet werden, einschließlich ihrer Belegschaften. (Zustimmung)

Nur: Ob die Finanzmärkte wirklich so unabhängig sind, ob sie nicht durch eine Kooperation der Notenbanken oder durch den wirklichen politischen Willen der nationalen Regierungen einschließlich der Notenbanken kontrolliert werden könnten, steht noch dahin.

Wenn das noch offen ist, dann, denke ich, kann das Thema der Betriebsverfassung, der Unternehmensverfassung, der Demokratisierung der Wirtschaft nicht abgehakt sein. Wer Ja zur Marktwirtschaft sagt, muß nicht ohne weiteres die Kröte der kapitalistischen Marktwirtschaft schlucken. (Beifall)

Die kapitalistische Marktwirtschaft unterscheidet sich von einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft oder einer demokratiefähigen Marktwirtschaft in erster Linie darin, daß das kapitalistische Unternehmen demokratiefähig gemacht wird. Ich bin der Meinung, auf Dauer ist eine Demokratie in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht überlebensfähig.

Das heißt also, wenn wir Demokratie wollen, wenn die Demokratie stärker sein soll, dann muß die Marktwirtschaft demokratiefähig gemacht werden. (Beifall)

Ich finde, daß die Gewerkschaften es auch nicht zulassen können, daß am Ende die katholische Kirche eher demokratisiert wird als Daimler-Benz, Thyssen oder die Bundesbank. (Beifall – Heiterkeit)

Nun ein heikler Punkt, denke ich: Die Metallgewerkschaft muß sich auf den Weg

einer Demokratisierung der Weltwirtschaft, der Weltgesellschaft machen. Aber wie? Reicht schon der Dialog der Sozialpartner auf der europäischen Ebene? Reichen die Gipfelkonferenzen der G 7 und die politischen Vertretungen? Reicht eventuell das, was an politischer Vertretung auf den Gipfelkonferenzen der UNO in Rio de Janeiro oder in Kopenhagen möglich war? Reicht die Internationale Arbeitsorganisation in Genf?

Oder müßte die IG Metall als stärkste Einzelgewerkschaft der Welt sich nicht auf den Weg machen, die transnationalen Unternehmen als strategischen Ort ihrer Gegenmachtbildung zu sehen und dann auch konsequent handeln oder segmentierte Märkte, bestimmte Produktmärkte als strategische Orte der Gegenmachtbildung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen?

Das heißt, daß die Gewerkschaften ihre Gegenmacht über Betriebsräte in diesen transnationalen Unternehmen, also Konzernbetriebsräte, oder über ihre Betriebsräte in diesen Produktmärkten organisieren und aufbauen, daß sie also die Kommunikations-, Entscheidungs- und Machtstrukturen solcher Konzerne oder die Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen solcher Märkte besetzen und entsprechend umfunktionieren.

Damit komme ich zum dritten Punkt: anders arbeiten lernen. Als ich fünf Jahre alt war und an der Hand meines Vaters in Dortmund am Verwaltungsgebäude der Dortmund-Hörder-Hüttenunion – so hieß dieses Unternehmen früher; heute ist es wohl Hoesch – vorbeilief, habe ich die Augen aufgerissen und den Mund dazu und den großen Spruch am Verwaltungsgebäude buchstabiert. Dort stand: „Es lobt den Mann die Arbeit und die Tat.“

Ich habe überhaupt nicht verstanden, was in diesem Satz Subjekt und Objekt ist in diesen Begriffen habe ich damals natürlich nicht gedacht – ; ich habe nicht ver-

standen, wer was über wen aussagt, wer da etwas tut, wer da arbeitet. An sich hätte ich es bald verstehen müssen. Es ist das Leitbild der Industriewirtschaft. Es ist die Identität des Mannes: arbeiten. Im Ruhrgebiet sagte man dazu „malochen“, in Baden-Württemberg „schaffen“.

Die Produktion von Stahlträgern, Brücken, Hochhäusern, all das, was zum Beispiel bei Thyssen gemacht wird, scheint auszugehen. Jede Standortdebatte, die Deutschland, Frankreich, Schweiz, Österreich, Italien und England beschäftigt, geht insofern in die Irre, als man meint, dies sei kein grundsätzliches Problem reifer Industriegesellschaften.

Diese Arbeit mit Stahl, mit Kohle, mit Blech, mit Autos scheint also auszugehen, weil die Produktivität so rasant ist, daß wir denselben Wohlstand, dieselbe Zahl von Autos mit immer weniger Arbeit schaffen können. Entscheidend ist ja die Lebensqua-

lität, nicht die Zahl der Autos. Es kann sein, daß die Lebensqualität gesteigert wird, obwohl weniger Arbeit eingesetzt wird. Möglicherweise sind wir in dieser Phase. Unter dieser Voraussetzung ist die Verkürzung der Arbeitszeit keine defensive Strategie, sondern eine offensive Strategie zur Verbesserung der Lebensqualität. (Beifall)

Wenn diese Analyse stimmt, dann läßt sich diese Phase auch nicht durch mehr Export oder durch längeres Arbeiten – generell: durch eine Reindustrialisierung – überwinden. Es könnte sein, daß die Arbeit der Hände, die sich schon längst zu einer Arbeit der Köpfe gehäutet hat, ans Ende gelangt. Die Frage ist: Was kommt dann? Die Arbeit des Herzens war bisher den Frauen zugewiesen, natürlich nicht als Erwerbsarbeit. Vollbeschäftigung und Vollbeschäftigungswachstum hieß im Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit immer: Vollbeschäftigung für erwerbstätige Männer. Wie



Herr Dr. Vogel eben gesagt hat: Der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit beruhte auf den beiden Säulen der Vollerwerbstätigkeit des Mannes und der unentgeltlichen Dienstverpflichtung der Frau – so hat er es nicht gesagt; so drücke ich das aus – zur Beziehungsarbeit, zur Kindererziehung, zur Hausarbeit und jetzt zur Pflegearbeit. Das soziale Sicherungssystem funktionierte dann, wenn man oder frau über 45 Jahre voll erwerbstätig war – oder wenn sie lebenslang mit einem Hauptnährer verheiratet war beziehungsweise, umgekehrt, wenn er lebenslang mit einer Hauptnährerin verheiratet war. Immer dann, wenn diese beiden Säulen brüchig waren – sie waren auch schon in der Vergangenheit hinreichend brüchig, weil die Individualisierung der Lebensentwürfe nicht ohne weiteres die normale Familie voraussetzen kann und weil es auch in der Vergangenheit schon immer brüchige Erwerbsbiographien gab –, ist es dringend notwendig gewesen, an der Nahtstelle von Erwerbsarbeitssystem und Sozialsicherung neue Lösungen zu finden.

Den Frauen war bisher diese Arbeit des Herzens unentgeltlich zugewiesen, manchmal auch entgeltlich als Arbeit im Krankenhaus, in der Schule, im Kindergarten. Sanierungsarbeiten, zum Beispiel in der Medizin, in der Ökologie oder im sozialen Bereich, Kulturarbeiten, künstlerische Arbeiten, Beratungstätigkeit, Beziehungsarbeit, musische Arbeit – das gilt, so denke ich, in der IG Metall überwiegend als unmännlich, weil es von Hause aus darum geht, Blech, Kohle, Stahl aufzuschichten. Wertschöpfung wurde auch immer so verstanden. (Zustimmung)

Wertschöpfung und Produktivität hängen im Grunde davon ab, ob man eine Arbeit anbieten kann, die auf eine kaufkräftige Nachfrage stößt. Der Bauer in Peru kann sich rund um die Uhr anstrengen; wenn er Orchideen züchtet, die nicht mit

der Lufthansa nach Deutschland geflogen werden, weil die Kaufkraft hier ist, leistet er wirtschaftlich nichts. Er leistet nichts, wenn er Kartoffeln anbaut, die die Bedürfnisse des Nachbarn befriedigen. Die Verteilung der Kaufkraft entscheidet über die Wertschöpfung.

Deshalb ist es völlig egal, ob ich fünf Autos baue oder einen anderen Menschen berate. Wertschöpfung und Produktivität werden entsprechend seinem Einkommen und entsprechend seiner Kaufkraft definiert. Wahrscheinlich müssen wir in einer reifen Industriegesellschaft – da wir gewohnt sind, Produktivität immer real zu definieren –, in einer Dienstleistungsgesellschaft, die mit solchen Arbeiten zu tun hat, Produktivität ganz anders definieren als „Einkommensproduktivität“, als Wertschöpfung, die über das Einkommen definiert wird. Nur, ist es einer Metallgewerkschaft zumutbar, daß sie sich auf solche Arbeiten – oder zumindest auf die Vision, auf Perspektiven dazu – einläßt? Ist es zumutbar, daß auch sie anders Arbeiten lernt? Ich meine, ja, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens. Der Umbau der Industriegesellschaft und die Überwindung der sexistischen Arbeitsteilung ist eine dringende Forderung, der sich auch diese Gesellschaft hier in Deutschland nicht auf Dauer entziehen kann. Diese Verteilung der Arbeit auf Männer und Frauen – der harten Arbeit der Hände, des Kopfes und der weichen Arbeit des Herzens – ist dringend notwendig. Das ist das eigentliche Problem der Krise des Sozialstaats, (Beifall) die noch weit hinausgeht über das, was wir im internationalen Konkurrenzkampf für bestimmte Unternehmen, für bestimmte Branchen als durchaus ernst zu nehmen ansehen.

Der Umbau der Industriegesellschaft und die Überwindung dieser sexistischen Arbeitsteilung kann nicht nur Sache der Frauen sein. Er muß bei den Männern ansetzen, im Zentrum der Industriearbeit. (Bei-

fall). Die Gleichstellung der Frauen in der Erwerbsarbeit, in der Industriearbeit, in der Arbeit der Hände und der Köpfe, verlangt die Gleichstellung der Männer in der Arbeit des Herzens, also in der Hausarbeit, in der Erziehungsarbeit, in der Beziehungsarbeit. (Beifall)

Die Überwindung der sexistischen Arbeitsteilung und die dadurch notwendige Verkürzung der Arbeitszeit – der Erwerbsarbeit bei den Männern und der Hausarbeit, der Erziehungsarbeit bei den Frauen – ist auch wieder eine offensive Arbeitszeitverkürzung, eine andere Verteilung der Arbeit. Das hat nichts mit defensiv zu tun, es sei denn, die Gleichstellung der Frauen und die Gleichstellung der Männer wäre eine rein defensive Strategie. (Beifall)

Die Autonomie, die die Frauen über ihr eigenes Leben beanspruchen und mit dem Ausstieg aus der traditionellen Hausarbeit bereits praktizieren, verlangt umgekehrt von den Männern – damit sie Autonomie über ihr eigenes Leben gewinnen – den teilweisen Ausstieg aus der traditionellen Industriearbeit. Fast alle Arbeitsplätze – das sagen die Unternehmensberater – sind teilbar. Ich würde sogar meinen, daß die

Produktivität des Papstes gesteigert werden könnte, wenn diese Funktion teilbar wäre. (Heiterkeit und Beifall)

Die kreativen Ideen kommen in der Regel nicht am Schreibtisch, unter dem Druck von Entscheidungszwängen, sondern durch Abstand vom Alltag. Das ist der eine Grund dafür, daß ich meine: Im Zentrum dieser Industriearbeit müssen diese neuen Ideen Platz haben.

Zweitens. Die Metallarbeiter sind am meisten betroffen vom Umbau der Industriegesellschaft in eine Gesellschaft, die man mit vielen Namen belegen kann,

aber deren Profil wir alle noch nicht kennen. Aus der Kompetenz dieser starken Betroffenen kann, so denke ich, die Phantasie zum kreativen Umbau dieser Industriearbeit erwachsen, genau an der Nahtstelle zwischen Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Da können die kreativen Ideen wachsen, die uns zeigen, was nach der Industriearbeit kommt.

Ich will nicht den Maschinenschlosser, den Stahlkocher über Nacht zum Orchestermusiker, zum Krankenpfleger, zum Erziehungsberater oder zum Balletttänzer machen. Aber so wie Mose jenseits des Jordans die Israeliten über den Fluß ins gelobte Land gehen sah, können auch sie nicht nur zählen, messen und wiegen, sondern auch lernen zu sprechen, zu empfinden, zu spielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die IG Metall als eine Schule der Nation ist vielleicht zu hoch gegriffen, aber vielleicht doch eine Schule der Nation im Hinblick auf diese drei Anliegen der ökonomischen Alphabetisierung, der Demokratisierung der Wirtschaft und des anderen Arbeitens.

Danke schön. (Beifall)



Gegen die Provinzialität der europäischen Theologie

Bericht von einer Konferenz mit Chung Hyun Kyung und Kwok Pui Lan

Das Thema der diesjährigen Tagung der Europäischen Gesellschaft für Theologische Forschung von Frauen (August 1995) hieß „Ein gemeinsames Haus“. Es ging um die Suche nach einer heute notwendigen Spiritualität in der Ökumene. Als Referentinnen waren unter anderem die koreanische Theologin Chung Hyun Kyung, die durch ihre Rede auf der 7. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1991 weltweite Berühmtheit erlangt hat, und die chinesische Theologin Kwok Pui Lan aus HongKong, zur Zeit Massachusetts, eingeladen. Ihre Beiträge sollten das Bewußtsein der Teilnehmenden dafür schärfen, „daß das Streben nach einem individuellen Status, nach Wohlstand und Sicherheit, nie 'christliche' Tugenden waren, im Gegensatz zu Solidarität, Bereitschaft zu teilen und Gemeinschaftsgeist“.

Die Vorträge der beiden christlichen Theologinnen waren deshalb so spannend, weil sie in ihrem Verständnis von Spiritualität, die dem Leben dient, ganz bewußt Traditionen ihrer asiatischen Kultur einbezogen.

Solche theologischen Ansätze werden hier in Europa nur zögernd zur Kenntnis genommen. Vielleicht, weil wir immer noch unbewußt annehmen, Deutschland sei der

Ort, wo eigentliche Theologie getrieben wird.

Shalim-Spiritualität

Frau Chung betonte, daß für sie die größte theologische Herausforderung zur Zeit die Globalisierung sei. Einerseits gibt es das wachsende Bewußtsein für die nationalen Kulturen und Religionen auf der Welt, andererseits herrscht fast überall nur noch das Gesetz des Marktes. Der Preis dafür ist die Trennung in zwei Gruppen weltweit, in Reiche und Arme. Die Entscheidungen von IWF, WTO, NAFTA etc. bestimmen jetzt schon das Schicksal der meisten Menschen. Und selbst die Idole für Jugendliche heißen nicht nur in den USA oder Europa Michael Jackson und Madonna. Die „CNNization“ (CNN – einer der größten US-amerikanischen TV-Sender) der Welt ist schon weit fortgeschritten.

Wie sieht angesichts dieser herrschenden Kultur eine Spiritualität aus, die uns hilft, Menschlichkeit zu bewahren und die „Fülle des Lebens“ zu erfahren?

Frau Chung sprach von einer Shalim-Spiritualität, wobei „Shalim“ im Koreanischen das Haus einer Frau meint, in dem Leben leben kann. Kennzeichen dieser Spiritualität ist Wissen; das Wissen darum,

wie es in der Welt aussieht und aus welchen Gründen. Dazu gehört eine soziale Analyse, um Partei ergreifen zu können, um die zu lieben, die dessen besonders bedürfen. Das Nichtwissenwollen verurteilte Frau Chung scharf als Sünde. Sie forderte uns auf, zumindest zu versuchen, die Welt zu begreifen. Es geht nicht darum, alle politischen Vorgänge auf der Welt zu kennen, sondern sich das Wissen anzueignen, das zum Engagement nötig ist.

Ebenso gehören zu einer Shalim-Spiritualität life-giving activities; Handlungen, die Mut zum Leben machen. „Wenn Du unglücklich bist, kann sich die Welt nicht verändern“, so Chung. Gemeinsam in Gruppen sich in einer Sache engagieren, sich auch umeinander sorgen und miteinander Feste feiern, das sind „kleine“ Schritte, die die Hoffnung und die Widerstandskraft nähren.

Ein weiteres Kennzeichen ist das Sich-Verbinden. Damit meint sie die nötige Verbindung zwischen westlichen und östlichen, nördlichen und südlichen ChristInnen. Es ist wichtig, Verbündete in der Welt zu haben, mit denen wir den gleichen

Glauben teilen. Genauso wie es notwendig ist, andere Religionen tiefer verstehen zu wollen und gemeinsam mit ihnen nach der Spiritualität zu suchen, die das Leben leben läßt.

Uns Europäerinnen warf sie vor, „intellektuelle Liebe mit unseren Cousins und Cousinen“ zu treiben. Wir seien nicht bilingual, sondern beherrschten nur die „inestuösen“ europäischen Sprachen und Denkmuster. Wer kann denn schon Koreanisch oder Chinesisch?

Außerdem seien unsere Berührungsängste vor anderen Religionen, mit denen Menschen in Asien leben, zu groß. Frau Chung sagte von sich, daß sie eine buddhistische, schamanistische, feministische Christin sei, die den Synkretismus nicht fürchte. Ihr sei es möglich, sich sowohl in der westlichen wie auch der östlichen religiösen Sprache auszudrücken. Und der asiatische Synkretismus sei hilfreicher, um die Schöpfung zu bewahren, als der, mit dem das europäische Christentum durchsetzt sei: Kolonialismus, Imperialismus, Militarismus...



Verbinden sich kleine Gruppen und Gemeinden auf der ganzen Welt, die für die Erhaltung der Erde und für Gerechtigkeit kämpfen, so gleicht das einer „Globalisierung von unten“. Es ist die Strategie von Ameisen, die den dicken Elefanten sicher nicht töten, aber doch erheblich stören können.

Aspekte einer asiatischen Christologie

Frau Kwok sprach von einem nötigen „Recycling“ des Christentums, um den heutigen Herausforderungen der Welt gerecht zu werden. Sie ging besonders auf die Christologie ein, die sie aus feministischer, asiatischer Perspektive darstellte, eine Christologie, die nicht durch eine westliche Brille gesehen wird, sondern den eigenen Kontext ernst nimmt und sich an ihm orientiert.

Die „normale“ Christologie, die von Jesus als dem Herrn und Sieger spricht, kritisierte sie als imperialistisch.

Für chinesische Menschen gäbe es durch die Natur Zugang zu Jesus. Die Erlösung ist nicht ein für allemal durch den einen besonderen Mann in der Geschichte geschehen, sondern sie geschieht heute z.B. durch die Schöpfung. Die Schönheit der Natur lädt dazu ein, das Leben zu feiern und das Geheimnis wahrzunehmen, das uns umgibt. So trägt die Natur auch zur Erlösung der Menschen bei. Ebenso sind Menschen verpflichtet, sich gegen die Zerstörung der Natur einzusetzen, von der sie ein Teil sind.

Für Frau Kwok stellt Jesus außerdem nicht die einzigartige göttliche Inkarnation dar. Sie verglich seine Rolle mit der Buddhas. Im Buddhismus heißt es, es gibt einen Buddha und viele Buddhas. So kann jeder und jede Buddha bzw. Jesus werden. Sie sieht Jesus als einen „Prototypen“ für die christliche Bewegung. Jesus ist nicht der einzige in der Geschichte geblieben, durch den sich Gott in besonderer Weise zeigt

hat. Da, wo Menschen Einfühlungsvermögen und Mitleid üben, zeigt sich Gott. Ebenso wirkt Gottes befreiende und heilende Macht in Widerstandsbewegungen verschiedener Länder, so durch Frauen wie Rigoberta Menchu aus Guatemala oder Ayung San aus Birma zum Beispiel.

Sie erlebt Gott oder, anders ausgedrückt, das Christuserignis auch in Liturgien und Ritualen, in Gottesdiensten, die das Tiefste der Menschen berühren und heilen.

Anstöße für uns

Frau Kwok sagte deutlich, daß sie Theologie zuerst für sich betreibt und für ihren Kontext und nicht danach fragt, ob das noch die rechte christliche Lehre sei. Wobei in der Vergangenheit immer wieder anhand der westlich geprägten Kriterien gemessen wurde, was noch christlich und was synkretistisch und damit verwerflich ist.

Beide Theologinnen plädierten dafür, nach dem zu suchen, was heute dem Leben in dem „einen Haus“ dient. Je nach gesellschaftlicher und kultureller Prägung, sieht der Weg dorthin unterschiedlich aus.

Ihre Art, eine christliche Spiritualität zu entwickeln, wirkt befreiend und ist zukunftsweisend, weil sie sich nicht vor der Kritik fürchtet, unchristlich zu sein. Sie entdecken ihre Wurzeln neu und verbinden sie mit ihrem christlichen Glauben, ohne für sich dabei ihre christliche Identität aufzugeben.

ChristInnen in Europa können sich von solch einer feministischen, asiatischen Theologie inspirieren lassen. Wir müssen für uns herausfinden, wie wir unseren Glauben so formulieren, daß er uns mit unseren Erfahrungen anspricht und uns Mut macht, für das Leben zu kämpfen. Bei diesem alten Anliegen der feministischen Theologie ist es sehr erhellend, auf die Stimmen der Schwestern aus der Ökumene zu hören.

Jahrestagung 1995/96 des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands

Gemäß Paragraph 5 der Bundessatzung laden wir unsere Mitglieder ein zur Jahrestagung in Bad Hersfeld vom 29. bis 31. März 1996. Die Tagung findet in der Ev. Jugendbildungsstätte Frauenberg statt. Die Kosten betragen für Verdienende 115,-DM, für Nichtverdienende wird wie üblich ermäßigt.

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

Beginn: Freitag, 29. März mit dem Abendessen um 18.00 Uhr.
19.00 Uhr: Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Anschließend: Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollführung. Danach Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht des Kassenprüfers. Anschließend Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Bundesvorstand.

Sonnabend, 30. März: Öffentliche Seminarveranstaltung zum Thema „**Sozialismus: Ziel und/oder Utopie**“ mit den Referenten Prof. Siegfried Katterle (Bielefeld, Mitverfasser der Wirtschaftsdenkschrift der EKD) und Dr. Kuno Füssel (Münster, einer der bekanntesten Befreiungstheologen Europas). Beide Referenten waren bereits zur verschobenen Tagung im Oktober eingeladen, konnten aber beide aus Termingründen nicht. Zu dieser Tagung haben beide fest zugesagt.

Sonntag, 31. März: Gemeinsamer Gottesdienst.
Anschließend Diskussion und Beschlußfassung über neue „Vorläufige Grundsätze des BRSD“. Der Bundesvorstand legt zur Beschlußfassung das Ergebnis der bisherigen Diskussion vor, die als Entwurf in Heft 4/94 von CuS auf den Seiten 18 bis 30 abgedruckt wurden. Änderungsanträge hierzu müssen in schriftlicher Form spätestens vier Wochen vor der Tagung beim Bundesbüro eingegangen sein. (Paragraph 5, Abs. 6 der Satzung)
Danach: Wahl der 4 Mitglieder des Bundesvorstandes und der Kassenprüferin/ des Kassenprüfers.
Verschiedenes: Ende der Tagung gegen 13.00 Uhr

Der Vorstand des BRSD. Ulrich Peter, Bundessprecher

Anmeldungen bitte möglichst schnell an das Bundesbüro des BRSD, Postf. 2521, 72015 Tübingen.

Eine Million Frauen lassen ihren Traum Wirklichkeit werden

Eine Million Frauen geben eine Million Dollar für das Seminario Biblico in Costa Rica. Eine Verrücktheit oder eine Vision?

Eine Million Frauen geben eine Million Dollar, damit auch in Zeiten neoliberaler Wirtschaftspolitik befreiende Theologie studiert werden kann. Unrealistisch oder möglich?

Eine Million Frauen geben eine Million Dollar, damit mehr Frauen in Lateinamerika studieren können. Traum oder Wirklichkeit?

Elsa Tamez, eine der bekanntesten Befreiungstheologinnen aus Lateinamerika hat einen Brief an eine Million Frauen geschrieben. Sie bittet um die Mitarbeit an einem Traum: Das Seminario Biblico in Costa Rica soll den Status einer Universität erhalten, damit die Abschlüsse auch staatlich anerkannt werden. Um mehr Menschen in Lateinamerika ein Theologiestudium zu ermöglichen, wird das Ausbildungskonzept umstrukturiert: Durch den Ausbau von Fernstudiengängen können die Studierenden in ihren Heimatorten wohnenbleiben und werden nicht aus ihren sozialen Strukturen herausgerissen. Es hat sich gezeigt, daß dies besonders Frauen zugute kommt. Durch das Fernstudium sucht das Seminario den Weg zu den Frauen.

Wer sich ein wenig mit der Situation in Lateinamerika beschäftigt, weiß, wie schwierig die wirtschaftliche Situation ist, wie sehr sich der totale Anspruch des Marktes gerade auf soziale Projekte auswirkt. Dies gilt auch für das Seminario Biblico, wo mit Phantasie und Hoffnung dieser Realität etwas entgegengesetzt wird. Bildung ist nicht alles. Aber ohne Bildung ohne eine gute Ausbildung ist es schwieriger, für mehr Gerechtigkeit zu streiten.

In dem Brief bittet Elsa Tamez als Rektorin des Seminario Biblicos eine Million Frauen um ihren Namen und einen Dollar.

Sie bittet um den Namen, damit die Präsenz von Frauen sichtbar wird. Die neue Universität wird damit symbolisch eine Million Gründerinnen haben. Es können unsere eigenen Namen sein, aber auch Namen von Frauen, die uns wichtig sind, die wir damit ehren wollen. Auf diese Art und Weise können sich auch Männer an dieser Aktion beteiligen. Und sie bittet um einen Dollar, damit allen Frauen – armen, reichen, schwarzen, weißen, Indianerinnen, Mestizinnen – die Möglichkeit gegeben wird, diesen Traum zu unterstützen.

In Deutschland haben wir, als Unterstützerinnen dieses Projektes, uns auf zwei Mark als Beitrag geeinigt. Auf dem diesjährigen Kirchentag ist an verschiedenen Stellen (Lateinameriktag und bei den Bibelarbeiten von D. Sölle und L. Schottroff) diesen Traum vorgestellt worden. An dieser Stelle möchte ich Sie nun um Ihre Unterstützung bitten. Die Grunsteinlegung soll am 8. März 1996 sein. In Deutschland wenden Sie sich bitte an Christliche Initiative Romero. Sie ist die Kontaktstelle für mehr Informationen und sammelt die Namen und das Geld. Von dort aus wird alles zusammen nach Costa Rica geschickt. Um den Verwaltungsaufwand möglichst klein zu halten, wäre es gut, wenn mehrere Namen und Geld gemeinsam schicken könn-

ten. Für einzelne Personen, die einen höheren Beitrag spenden, kann auch eine Spendenquittung ausgestellt werden.

Eine Million Frauen lassen ihren Traum Wirklichkeit werden. Warum sollten sich nicht auch Frauen aus Deutschland daran beteiligen?

Kontaktadresse: Mechthid Schuchert, Christliche Initiative Romero, Kardinal von Galen Ring 45, 48149 Münster
Tel.: 0251-89503, Fax: 0251-82541
Konto: Darlehnskasse im Bistum Münster, BLZ 400 604 65, Kto-Nr.: 3112200
Kennwort: „Eine Million Frauen“



LESERINNEN- BRIEFE

Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder.

Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler versuchen wir richtigzustellen.

Leserbrief zum Artikel „Berlin-Wahl“ in CuS 3/95, verfaßt von Ulrich Peter.

„Umkehren auf dem Weg zum Leben“. Überschrift einer Andacht von Volker Junge in „Der Weg“, Nr.47/1995.

Lieber Ulrich, das mit dem Umkehren – gerade auch in gesellschaftlicher Hinsicht – möchtest Du auf Deine Art auch. Leider ist es so, daß Du Dich außerhalb der SPD bemühest (Du hast selbst von dem damals bevorstehenden Austritt aus der SPD gesprochen) und ich mich innerhalb dieser Partei. Ich darf sicher auch folgern, daß Du Deine Stimme bei der Wahl in Berlin nicht der SPD gegeben hast. Du hast recht, wenn Du sagst, die SPD hätte sich in der Vergangenheit zuviel bieten lassen. Aber Oskar Lafontaine hat es gut ausgedrückt: „Ab sofort wird auf Angriff gespielt“.

Ich fordere Dich deshalb hiermit auf, umgehend vom Amt des Sprechers des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands zurückzutreten.

Daß die TAZ nach der Wahl mit „SPD liegt deutlich über 5 Prozent“ aufmachte, ist eine Sache. Die andere Sache ist, daß Du diese Überschrift unter Deinem Namen in unsere Mitgliederzeitschrift übernommen hast. Ich kann darin nur Häme sehen, die uns, die wir in der SPD sind und bleiben, nicht gerecht wird. Du kannst Dich auch nicht dahinter verstecken, nur ein Zitat gebracht zu haben, Du hast hier keine wissenschaftliche Arbeit geschrieben, sondern einen Artikel. Davon abgesehen habe ich in wissenschaftlichen Arbeiten noch nie ein Zitat als Überschrift gesehen. Ich meine, Dir ist das auch klar. Gut, Du hast viel für unseren BRSD getan (wobei ich da keinen genauen Überblick habe, war ja lange nicht dabei). Deswegen kannst Du Dir aber nicht alles erlauben. Für eine Antwort bin ich Dir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Steppuhn
53639 Königswinter



Grafik: Thomas Kruse

Das ist das Problem, wenn die Wenigen
leiten und verteilen:
Die, die da bestimmen, wollen das meiste
vom Ganzen selbst behalten. Carl Scharnberg

Wie nah sind uns manche Tote,
doch wie tot sind uns manche, die leben...¹

Nachruf für Ernest Mandel, 5. 4. 1923 – 20. 7. 1995 Jude – Kommunist – Internationalist

Ernest Mandel war einer der originellsten und produktivsten Denker der sozialistischen Bewegung. Er sei ein „Dorn im Auge aller Dogmatiker“ gewesen, schrieb Karl Grobe in der Frankfurter Rundschau. Mandel, als Sohn jüdischer Eltern in Frankfurt/Main geboren und in Antwerpen aufgewachsen, schloß sich bereits 1939 als Gymnasiast der oppositionell-kommunistischen trotzkistischen Bewegung an. Während der Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen wurde er im sozialistischen Widerstand aktiv. Er wurde im März 1944 verhaftet und nach Deutschland deportiert. Dort wurde er im April 1945 von den Alliierten aus dem Zuchthaus befreit.

1946 wurde Mandel Leitungsmitglied der trotzkistischen IV. Internationale, deren wichtigster Theoretiker und Führer und deren bekanntester Vertreter er bis zu seinem Tod blieb. Die Geschichte des internationalen Trotzkismus nach 1940 ist von der Mandels nicht zu trennen.

In den 50er und 60er Jahren engagierte er sich an führender Stelle in der belgischen Sozialdemokratie (PSB) und der Gewerkschaftsbewegung, so war er u.a. wirtschaftswissenschaftlicher Berater des belgischen Gewerkschaftsbundes FGFB. In der PSB war er Führer des linken Flügels und Chefredakteur der Wochenzeitung *La Gauche* (Die Linke). 1964 wurde der linke Flügel ausgeschlossen, und die belgischen Trotzkisten organisierten sich eigenständig.



In der BRD war Mandel als Ökonom geschätzt. Der Autodidakt (er hatte sein Studium 1941 aufgrund der Schließung der Antwerpener Universität abbrechen müssen) war 1962 durch sein Hauptwerk „Marxistische Wirtschaftstheorie“ schlagartig bekannt worden. In der IG Metall, der SPD, den Falken und beim SDS war er ein geschätzter Referent.

Sein unterbrochenes Studium schloß er 1967 in Paris ab. Sein politisches Eingreifen in den Pariser Mai 1968 brachte ihm das erste Einreiseverbot in einem westlichen Land ein. Die USA, Österreich, die Schweiz, Australien und die BRD folgten. Der Ostblock blieb dem „Antimarxisten“ (Originalton DKP) und „kleinbürgerlichen Provokateur“ (SED) sowieso verschlossen.

1972, zu Studentenbewegungszeiten, berief ihn der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU auf einen Lehrstuhl als Professor für Volkswirtschaft. Der Wissenschaftssenator lehnte ihn wegen mangelnder Qualifikation ab. Daraufhin leitete die FU ein Promotionsverfahren für ihn ein und nahm sein Buch „Der Spätkapitalismus“ als Dissertation an. Da Mandel zur Doktorprüfung nicht nach Berlin einreisen durfte, reiste der Promotionsausschuß nach Brüssel und examinierte ihn dort.

Mandel hat über 1000 (tausend) Aufsätze, Bücher und Broschüren verfaßt. Er hat über die Sozialgeschichte des Kriminalromans, ökonomische Fragen, Fragen der politischen Taktik und der Strategie geschrieben. Seine Bücher erschienen in über 30 Sprachen, allein von seiner kleinen Schrift „Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie“ wurden weltweit über 2 Millionen Stück vertrieben. In der BRD waren es allein 25 Auflagen mit 120.000 Exemplaren. Man fragt sich, wann er eigentlich geschlafen hat. Alle die ihn kannten, schildern ihn als „einen Mann mit unglaublicher Energie“. Er beherrschte fünf Sprachen fließend und nahm in vielen Ländern an Massenveranstaltungen teil.

Mandel, in der Tradition Trotzki stehend, erwartete in den „verbürokratisierten Arbeiterstaaten“ des Ostblocks die antibürokratische, politische Revolution. Die Re-Kapitalisierung des Ostblocks nahm dieser Hoffnung die Grundlage. Im Westen wurde die trotzkistische Bewegung, die durch die Jugendradikalisierung seit 1968 einen steilen Aufschwung gehabt hatte, wieder an die Peripherie gedrängt. In Berlin, wo Mandel in der Hochzeit der Studentenbewegung vor mehreren tausend ZuhörerInnen geredet hatte, wollten ihn 15 Jahre später gerade noch 80 Personen hören. Die Organisation des deutschen Trotzkismus, die GIM, hatte 1972 allein in Berlin mehr Mitglieder als heute alle trotzkisti-

schen Organisationen bundesweit zusammen aufweisen.

Mandels Wirkung im Bereich der Theorie wird bleiben. Haben sich auch seine strategischen Kampfschriften historisch überlebt: der Ökonom Mandel wird seinen Platz als sozialistischer Theoretiker behalten, hoffentlich bald wieder von mehr Leuten gelesen als heute.

Ernest Mandel in New York 8 Monate vor seinem Tod:

„Verfallt nicht in Verzweiflung, Resignation oder Zynismus angesichts der Übermacht, der wir uns alle widersetzen müssen. Zieht euch nicht zurück in „individuelle Lösungen“ (die Fleischtöpfe der Konsumgesellschaft stehen einigen immer noch offen, wenngleich sie viel kleiner sind als zuvor...). Vergeßt niemals die moralische Verpflichtung aller, die sich als Marxisten verstehen: die unbeugsame Verteidigung der Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten im Weltmaßstab, überall und zu jeder Zeit. Begnügt euch niemals mit rein propagandistischen Aktivitäten. Vergeßt nie das erste und letzte Gebot von Marx: Versucht zu beginnen, die Welt zu verändern.“

*(Bulletin in Defense of Marxism,
Nr. 125 v. Mai/Juni 1995)*

¹ Wolf Biermann, Refrain des Liedes „Der Hugenottenfriedhof“, 1973.



die uns
interessieren

Ulrich Duchrow

Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft

Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. Gütersloher Verlagshaus/Matthias-Grünewald-Verlag. Gütersloh/Mainz 1994. 316 S. DM 29,80.

„Es gibt keine Alternative – so scheint es nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Die Gewinner in der nun global gewordenen kapitalistischen Weltwirtschaft triumphieren. Die Verlierer – das heißt die Verarmenden nicht nur im Osten, sondern auch im Westen – fühlen sich gelähmt von dem nun noch größeren Übergewicht der Weltmarktmächte. Viele sind orientierungslos. Nur noch wenige wagen es, kritisch zu fragen, welches die Gründe für die Bedrohungen des Lebens von Mensch und Natur heute sind und ob es nicht doch Alternativen gibt.“ (Vorwort, S.9) In dieser Situation ist Ulrich Duchrows neues Buch eine Einladung zur kritischen Auseinandersetzung. Dabei steht für ihn im Zentrum der wahren Interessen der Menschen die Frage, ob die Menschen sich selbst und die Natur zu Tode wirtschaften oder ob es – im Sinne der Option „Wirtschaften für das Leben in Gemeinschaft“ (S.235) Alternativen gibt, die herrschende, lebensbedrohende Ökonomie zu überwinden.

Im analytischen ersten Teil „Die Situation und ihre Hintergründe – Verarmung

und Finanzherrschaft im Weltmarkt“ (S.19 – 111) zeigt Duchrow – gegen die bequeme und entlastende These von der undurchschaubaren Komplexität der gegenwärtigen Ökonomie betonend, daß die Zusammenhänge heute klarer denn je sind (Vgl. S.16) – die Widersprüche der Marktwirtschaft sowie des kapitalistischen Weltsystems auf. Dabei liegt das Gewicht der Analyse auf der Transnationalisierung der Waren- und Finanzmärkte und ihrer Akteure und die mit ihr einhergehende „Herrschaft des Geldes“ (S.72) und wie das sie bestimmende eiserne Gesetz des Geldvermehrungsmechanismus politisch, militärisch und ideologisch abgesichert wird! Gleichzeitig zerstört Duchrow in seiner Kritik an diesem ökonomischen Machtssystem den Mythos, das Modell der neo-liberal kapitalistischen Weltwirtschaft entspreche am besten der menschlichen Natur.

Der klaren und scharfen systemorientierten Analyse der Todesspirale des Kapitalismus, die auch die Gegenwehr der Opfer nicht unterschlägt (Vgl. S.54ff.), folgt im zweiten Teil des Buches „Biblische Erinnerung an die Zukunft des Lebens“ (S.112 –

201) eine Sichtung biblischer Ansätze für ein Wirtschaften für das Leben“ (S.133, 202) Im Rückgriff auf neuere sozialgeschichtliche Arbeiten zum Ersten und Zweiten Testament (z.B. T. Veerkamp, R. Albertz, H.G. Kippenberg, F. Crüsemann, L. und W. Schottroff sowie N. und G. Lohfink) erarbeitet Duchrow fünf biblische Erinnerungsregeln als Orientierungspunkte für unser heutiges Vorgehen gegen die tödliche Logik der gegenwärtigen Ökonomie. Diese Erinnerungsregeln bestehen (1) in einer präzisen Ortsanweisung an die Seite der Opfer des bestehenden Machtssystems zu treten, (2) in einer Einweisung in eine Gemeinschaft, die in ihrer Struktur und ihrer Praxis Zeugnis gibt von Gottes befreiendem und Solidarität stiftenden Handeln, (3) in der Aufforderung zum Konflikt mit allen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Systemen und Strukturen, die Menschen versklaven und desolidarisieren, (4) in der Veranlassung einer Auseinandersetzung um die Frage nach dem Ganzen der Systeme, d.h. aber letztlich die Gottesfrage (!) sowie (5) in der Stellung der grundsätzlichen hermeneutischen Frage, „wie sich die christliche Gemeinde auf die Traditionen Israels und wie sich weder jüdische noch christliche Menschen, Gruppen, Gemeinschaften und Völker auf beide, Israel und Kirche, beziehen können und umgekehrt“ (S.195). – „Nur durch das Tun des Gerechten und die konkrete Gestalt einer alternativen Gemeinschaft im Sinn der Thora nehmen die christlichen Gemeinden und Gruppen teil an der Verheißung, ein Zeugenvolk, Sauer Teig, Salz, Licht unter den Völkern zu sein – ohne Israel zu enterben, auf Gemeinschaft mit Israel zielend (Röm. 9 – 11). So sehr das Tun und Gestaltwerden aus dem immer neuen Hören auf das Zeugnis von Gottes Befreiungsgeschichte kommt, so sehr ist es von Gott geschenkt und gerade nicht von den Menschen als Machern gemacht wird,

so zielt das Hören gerade auf das Tun und Tunkönnen des Gehörten (vgl. Mt. 7,24ff.; Röm. 7 und 8). So entsteht ein Wettstreit zwischen Israel und den messianischen Gemeinden und Gruppen des Messias Jesus darum, durch faszinierende Gestaltwerdung der Gottesherrschaft und ihrer Gerechtigkeit Salz der Erde und Licht der Welt zu werden. Das „Wort vom Kreuz“ nimmt gerade das israelitische Motiv von dem konkreten Weg Gottes an der Seite der Entrechteten auf (vgl. 1. Kor. 1) und zielt auf das konkrete Leben aus der Kraft der Auferstehung. (...) Das führt zurück zur Regel 1: Vom Ort der Unterdrückten und Ausgestoßenen her will sich Gott Juden, Christen und allen Völkern offenbaren. Von daher geschieht die fundamentale Kritik der „Strukturen der Sünde“ und der Aufbau alternativer Gesellschaftsstrukturen – und das Aufrechterhalten der Hoffnung für das Leben.“ (S.196f.) Danach ergeben sich für Duchrow „drei legitime Ansätze des Kircheseins und des Einsatzes für ein lebensförderliches Wirtschaften“ (S.199ff.): Der „großkirchliche“ Ansatz der Zähmung politisch-ökonomischer Machtstrukturen durch Prophetie und Recht sowie die Ansätze einer exemplarischen „Kontrastgesellschaft“ in einem Volk und in messianischen Gruppen und Gemeinden unter allen Völkern, zur exemplarischen Transformierung der Gesellschaft bzw. der Verweigerung gegenüber totalitären Systemen und vernetzten Alternativen im Kleinen!

So die heutige nötige Praxis von Einwirkung, Widerstand und Innovation spiritueller durch biblische Erinnerung verankernd, legt Duchrow im dritten Teil seines Buches „Wirtschaften für das Leben – heute“ (S.202 – 303) handlungsorientiert seine „Doppelstrategie zur Überwindung der lebensbedrohenden kapitalistischen Weltwirtschaft“ (S.298) vor. Notwendig sind neben der Verweigerung gegenüber den totalitären Strukturen dieses Systems und

vernetzten Alternativen im Kleinen auf der Basis der Vision eines Wirtschaftens für das Leben dafür auch klare Optionen für eine „Alternative Wirtschaftspolitik für das Leben“ (S.265) auf kommunaler, nationaler, kontinentaler und globaler Ebene. „Die Alternative liegt vor uns: auf kriegerischem, erbarmungslosen Wettbewerb beruhende, weltmarktbedingte Geldvermehrungsherrschaft und Luxuskonsum für wenige mit der Schattenseite des Todes und des Chaos für die Mehrheit der Menschen, menschliche Gesellschaften und Erde auf der einen Seite oder die Beherrschung und Instrumentalisierung des Geldes für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen, für sozialen Ausgleich und ökologische Sorgfalt – kurz, im Dienste eines Wirtschaftens mit menschlichen Gesicht, eines Wirtschaftens für das Leben.“ (S.303)

Auch wenn weitere Auseinandersetzung im Detail gewiß noch nötig ist, so hat

Ulrich Peter:

Der „Bund der religiösen Sozialisten“ in Berlin von 1919 bis 1933.

Geschichte - Struktur - Theologie und Politik.
696 Seiten, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1995.

Wer sich für den religiösen Sozialismus in Deutschland interessiert, wird an diesem Buch nicht vorbeigehen können. Ulrich Peter hat ein Werk vorgelegt, das eine Fülle von Informationen nicht nur über den „Bund“ in Berlin, sondern auch über den „Bund“ im allgemeinen bringt und mit dem schönen biographischen „Anhang“ (S. 391-462) eine ganze Reihe von religiösen Sozialisten aus unverdienter Vergessen-

Ulrich Duchrow erneut ein meisterliches Buch vorgelegt, auf das Vorwürfe wie „Sozialromantik“ oder Illusionismus nicht treffen. Stattdessen weist er pointiert und fundiert strategische Auswege aus der kapitalistischen Todesspirale hin in Richtung auf ein ökologisch und sozialgestaltetes Wirtschaften! So ist dieses Buch nicht nur eine Fundgrube für wichtige ökonomische Details, sozialgeschichtliche Exegese sowie mögliche Handlungsalternativen im heutigen System, sondern gleichzeitig ein Grundlagenwerk für das immer wichtiger werdende Handlungsfeld Kirche und Ökonomie!

Zugleich verdeutlicht es eindrücklich, daß es hinsichtlich der Zukunft der Weltwirtschaft nicht um eine bloße Frage (wirtschafts-) ethischer Urteilsbildung geht, sondern zentral und unausweichlich um die Frage nach dem wahren Gott!

Michael Helsper

heit herausholt – ich nenne hier nur Hans Francke, der ein Pionier der Friedensarbeit war, oder Hans-Joachim Mund, der an der Seite von Emil Fuchs unter schwierigen Umständen eine religiös-sozialistische Position innerhalb der DDR zu vertreten versucht hat.

Die Dimensionen dieses Buches geben freilich Probleme auf: Wer wird dieses

Werk von 696 Seiten wirklich „bewältigen“ (und den entsprechend hohen Preis bezahlen können)? Leichter haben es Leser/innen der Magisterarbeit Peters von 1989, die in dieses Buch inkopiert worden ist. Ihnen war teilweise schon zugänglich, was er über die Entstehungsbedingungen des Bundes, die Bundesgeschichte von 1920 – 1933 und die Lage der Berliner religiösen Sozialisten in der Nazizeit erforscht hat. (Gerade dieses Kapitel, S. 365-379, kann ich zur Lektüre nur dringend empfehlen. Es ist ausgesprochen spannend ausgefallen! Wichtig ist etwa der Hinweis, S. 377, daß die von Martin Rade und später von Hermann Mulert herausgegebene „Christliche Welt“ in Marburg/Lahn, die während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Zeit Beiträge religiöser Sozialisten aufnahm, als „letzte Zeitschrift“ im Nazi-Deutschland religiösen Sozialisten die Möglichkeit zur Darstellung ihrer Auffassungen bot.) Umso aufregender ist es zu verfolgen, wo Peter neue Kenntnisse erworben hat, zum Beispiel durch die Erforschung des Nachlasses von Karl Thieme im Institut für Zeitgeschichte in München.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß wir mit Peters Arbeit das Standardwerk über den Bund der religiösen Sozialisten in Händen halten – ein Werk, das auf längere Zeit nicht überholt werden wird.

Die Pflicht des Rezensenten, Defizite anzugeben, fällt in unserm Falle wirklich schwer. Auf zwei Punkte sei immerhin hingewiesen. Bei einer in Berlin entstandenen Arbeit muß es auffallen, daß der „Berliner Kreis“ um Paul Tillich und Carl Mennicke trotz vielfacher personeller Verflechtung im Buch genannter Menschen mit dem irreführenden Schlagwort „intellektueller Denkzirkel“ (S. 21) ganz beiseitegestellt wird. (Geradezu falsch ist es, wenn S. 539, Anm. 7, vereinfachend vom „Berliner Tillich-Kreis“ gesprochen wird.) Hier kommt doch wohl zu Tage, daß der Bundssprecher

Ulrich Peter über den Historiker Ulrich Peter die Oberhand gewonnen hat: Es unterbleibt (leider) der Versuch, Gemeinsamkeiten zwischen „Bund“ und „Berliner Kreis“ namhaft zu machen. So werden in der Zurückweisung „intellektueller Denkzirkel“ nur alte Verdikte, wie sie damals Wünsch, Eckert und Kappes ausgesprochen haben, wiederholt, ohne sie kritisch zu überprüfen.

Etwas enttäuscht war ich darüber, daß die Theologie der religiösen Sozialisten, die der Verfasser schon in seiner Magisterarbeit eher vernachlässigt hatte, auch diesmal (siehe S. 315-321) die verdiente Würdigung nicht erfahren hat. Gerade am Berliner Beispiel hätte sich die Polarität zwischen Paul Piechowski einerseits, Arthur Rackwitz andererseits, die dem Verfasser natürlich bekannt ist, plastischer herausarbeiten lassen – wie denn auch das hier und da begegnende Schlagwort des theologischen „Liberalismus“ aufs höchste der Differenzierung bedarf.

Aber solche Hinweise dürfen nicht davon ablenken, daß Ulrich Peter in zwei großartigen „Fallstudien“ uns einen ganz hervorragenden Einblick in die Arbeitsweise der religiösen Sozialisten in zwei unterschiedlichen Berliner Bezirken gegeben hat: Neukölln mit seiner proletarischen Struktur einerseits, das bürgerliche Milieu von Charlottenburg andererseits. Beide Kapitel (S. 133-221 und S. 229-285) bieten Lehrreiches in Hülle und Fülle. Was August Bleier mit seiner „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden“ für die Charlottenburger Kirche bedeutet hat, wird hier wohl zum ersten Mal deutlich. Das gilt nicht nur in bezug auf das Ideologische im Pazifismus von Bleier, sondern auch in bezug auf die bürgerlich-liberale Gegenposition. (Daß die KPD ihren Beitrag zu einer Kirchenwahl durch ein lautes „Platzkonzert“ leistete, wird ebenfalls vermerkt.)

Daß es ein liberaler Pfarrer, nämlich Dietrich Graue, war, der 1932 auf die Unvereinbarkeit von Christentum und Antisemitismus hinwies (S. 258), ist theologiegeschichtlich ebenso wichtig wie die Schilderung von Bleiers Kampf gegen die „Deutschen Christen“ vor 1933.

Dankbar erfährt man auch Näheres über die „proletarische Feierkultur“, um die sich Paul Piechowski in Neukölln bemühte, wie auch über die dauernden innergemeindlichen Konflikte (s. etwa S. 144-177 der Abschnitt „' Vom Flaggentreib' bis Sowjetrußland“), der über das Auftreten des KPD-Funktionärs Ottomar Geschke in einem kirchlichen Gemeindesaal berichtet).

Wie fleißig Peter gearbeitet hat, zeigt sich namentlich auch an der soziologischen Aufschlüsselung der Sympathisanten von Bleiers „Vereinigung der Freunde“ (S. 262 ff.). Hier werden mehrere Berliner Kirchenkreise soziologisch durchsichtig gemacht, wie man auch im Detail genau erfährt (S. 277 ff.), wie man sich eine pazifistische Feierstunde“ bei Pfarrer Bleier vorzustellen hat.

Ansätze zu einem Gesamtverständnis des „Bundes“, die ich hier nicht im einzelnen diskutieren kann, bietet Peter in den Teilen E und F seiner Arbeit, die den „Bund“ als soziale Bewegung und als kirchliche und kulturelle Organisation zu verstehen suchen – Themen, die im Gegenüber zu früheren Arbeiten wie denen von Michael Rudloff („Weltanschauungsorganisationen innerhalb der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik“, 1991.) und Siegfried Heimann/Franz Walter („Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik“, 1993) neu überdacht werden müssen. Mit Rudloff möchte ich allerdings zu bedenken geben, daß die heutige Betrachtung sich davor hüten muß, die Bedeutung der religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit zu überschätzen.

Wie gesagt, Peter hat ein Standardwerk geschrieben, das viele Quellen und Informationen zur Geschichte des religiösen Sozialismus in Deutschland aufschließt.

Freilich macht dieses Standardwerk auch deutlich, wo künftige Desiderate der Forschung liegen. So benötigen wir dringend eine Monographie über Paul Piechowski, dessen Arbeit eine besondere Nähe zum Proletariat aufwies und der auf keinen Fall nach der von Peter leider aufs neue (einseitig) wiedergegebenen Ehebruchgeschichte beurteilt (und abgeurteilt) werden darf. Georg Wünsch hatte zwar, wie Peter (S. 601, Anm. 396) dunkel andeutet, in der Tat nach 1933 eine Annäherung an den Nationalsozialismus vollzogen, was unter „Resos“ wohl bis heute als Tabu gilt – er hätte aber endlich eine zulängliche Gesamtdarstellung verdient (vgl. inzwischen Lothar Wenzel: Sozialismus aus christlichem Gewissen bei Georg Wünsch, Frankfurt /M. u.a. 1995) – eine bei Heinz Röhr angefertigte Dissertation). Schließlich bedürfte die bewegte Vita von Karl Thieme, auf die Peter, S. 451 ff., kurz eingeht, einer besonderen Erhellung – insbesondere was die Annäherung an den Katholizismus in der Elbinger Zeit und die späterhin von Thieme gelieferte „abendländische Geschichtsdeutung“ betrifft. Der von Friedrich-Martin Balzer in die Diskussion eingeführte Abram Poljak mit seiner jüdenchristlichen Gruppe (siehe dazu Peter, S. 576 f., Anm. 68) müßte im Zusammenhang des Themas „christusgläubige Juden“ unbedingt einmal gründlich behandelt werden.

Abschließend sei, auch im Blick auf eine mögliche Zweitaufgabe, der Wunsch nach einem Namensverzeichnis angefügt. Das Fehlen eines solchen macht sich bei einem Werk von 696 Seiten doch öfter störend bemerkbar.

Arnold Pfeiffer

Spendenauf Ruf 1995 – 5.000 DM für CuS

Liebe Leserinnen und Leser von CuS !

Müßte sich unsere Zeitschrift CuS selber tragen, also nur aus dem Erlös der verkauften Hefte, dann wäre die sofortige Einstellung der Zeitschrift notwendig!

Das ist nicht neu. Zum letzten Mal riefen wir deshalb 1990 zu einer großen Spendenaktion auf. Damals hieß es: „Unser Ziel für 1990: 10.000 DM für »Christ und Sozialist«. Dank unserer Leserschaft haben wir damals unser Ziel erreicht. Wir setzen auch diesmal wieder auf Sie!

CuS erhielt und erhält keine Unterstützung von Parteien, Kirchen oder staatlichen Stellen. CuS wird ausschließlich aus den Abo-Einnahmen, durch die Mitgliedsbeiträge des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD), durch Spenden und in geringem Maße aus dem Freiverkauf finanziert.

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Autorinnen und Autoren erhalten keine Honorare. Trotzdem müßten wir für ein Jahresabo mindestens 35 DM (statt 20 DM) verlangen, wollten wir kostendeckend arbeiten. Die Einnahmen durch Abos und Freiverkauf (an Büchertischen, bei Kirchentagen, in einigen wenigen Buchhandlungen) decken nicht einmal die Kosten für Layout, Druck und Versand vollständig ab. Werbungskosten und die Redaktionsarbeit (Telefon, Fahrtkosten, Kopien usw.) werden i.d.R. von der Redaktion selber oder vom BRSD getragen.

Den regulären Bezugspreis erhöhen möchten wir nicht, um auch Menschen mit geringem oder ohne Einkommen einen Bezug unserer Zeitschrift zu ermöglichen. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser um ihre Spende!

Wir werden weiterhin ehrenamtlich für CuS arbeiten. Trotzdem steigen die Kosten. Allein die Portokosten für den Versand haben sich in den letzten Jahren um 50% erhöht. Wir möchten versuchen, langfristig Fahrtkosten aus ökologischen und ökonomischen Gründen zu sparen. Deshalb wollen wir stärker auf die Telekommunikation setzen. Dazu benötigen wir zusätzliche Mittel für die entsprechenden Investitionen.

Unsere Zeitschrift erscheint seit 1948 und in neuer Folge im 19. Jahrgang. Sie ist eine der wenigen linken christlichen Publikationen, die überlebt haben. Das liegt daran, daß CuS sich in den letzten Jahren weiter inhaltlich und in der äußeren Gestaltung verbessert hat. Trotzdem wird es extravagant bleiben, CuS zu lesen. Eine Zeitschrift, die das „gute Wort“ (Helmut Gollwitzer) „Sozialismus“ im Titel führt, wird in naher Zukunft keine Massenaufgabe erreichen.

Damit CuS überhaupt erhalten bleibt, bitten wir:

Spenden Sie für den Erhalt von CuS

Wandeln Sie als Verdienende Ihr Abo in ein Förder-Abo von 35 DM oder mehr um. Senden Sie uns die entsprechende Abbuchungserlaubnis aus diesem Heft. Beträge über 20 DM sind als Spende für den BRSD steuerlich absetzbar.

Werben Sie in Ihrem Bekanntenkreis neue Abonnentinnen und Abonnenten.

Schenken Sie Ihr Geld nicht dem Finanzamt, sondern uns!

Unser Ziel für 1995: 5000 DM für CuS! (BRSD e.V., – Der Bundesvorstand –)

Wir über uns: Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das „Reich Gottes“ für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, TheologInnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- daß das Ende des „realen Sozialismus“ nicht das Ende der Geschichte ist
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist („Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde“)
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist
- daß ChristInnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben, als ein mehr oder weniger frommes Gemüt
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisierung zu hüten

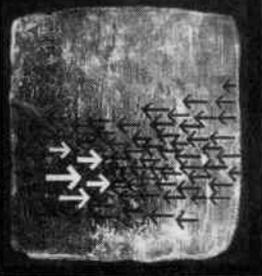
Wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.

Das Widerständige in Helmut Gollwitzer

Brigitte Kahl
Jan Rehmann (Hg.)

Muß ein Christ Sozialist sein?

Nachdenken über
Helmut Gollwitzer



Argument-Sonderband Neue Folge 232
120 Seiten
ISBN 3-88619-232-6
21,00 DM/164 ÖS/22,00 SF

Während Gollwitzer zum »realen Sozialismus« im Osten kritische Distanz hielt, schockierte er im Westen mit der Behauptung, hinsichtlich der sozialistischen Perspektive einer gerechten und global zukunftsfähigen Gesellschaft ließe das Evangelium den Christen keine Wahl. Die Beiträge thematisieren das Widerständige in Gollwitzers theologischer und politischer Existenz: seine kritische Aneignung des Marxismus, seine spannungsreiche Freundschaft mit Rudi Dutschke, seine Analyse der kapitalistischen Alltagsreligiosität, sein Engagement als Bürgerrechtler und radikaler Demokrat, seine frühzeitige Wahrnehmung der ökologischen Krise und seine Rezeption aus der Sicht der »Dritten Welt«.

Inhalt: *Gretchen Dutschke-Klotz*: Helmut Gollwitzer und Rudi Dutschke. *Ulrich Finckh*: Gollwitzer als Bürgerrechtler. *Kuno Füssel*: Gollwitzer als europäischer Befreiungstheologe. *Ekkehart Krippendorff*:

Nachdenken über Helmut Gollwitzer. *Jan Rehmann*: Gollwitzers kritischer Marxismus. *Jürgen Treulieb*: Gollwitzer als Intellektueller. *Bas Wielenga*: Umkehr und "revolutionärer Gegenprozeß" bei Gollwitzer – eine indische Perspektive. *Peter Winzeler*: Gollwitzer – die unmögliche Möglichkeit Christ und Marxist zu sein. Nachwort von *Wolfgang Fritz Haug*.

Dokumentation: *Helmut Gollwitzer*: Sowjetkritik und Antikommunismus (1979). Christentum und Marxismus (Erstveröffentlichung).

 **Argument**
Hamburg - Berlin

Bestellabschnitt

Ausfüllen, ausschneiden und ab die Post an: Argument Vertrieb, Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin. Oder gleich via Fax: 030 / 611 42 70.

Bitte schicken Sie mir _____ Exemplar(e) des Gollwitzer-Bandes "Muß ein Christ Sozialist sein?" (auf Rechnung zzgl. Versandkosten 4,- DM; ab 70,- DM frei Haus).

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Unterschrift _____

arg 11950

Autorinnen und Autoren

Bärbel Fünfsinn ist theologische Referentin im Nordelbischen Zentrum für Weltmission und kirchlichen Weltdienst und lebt in Hamburg.

Michael Helsper ist Berufsschullehrer und lebt in Mayen/Eifel.

Friedhelm Hengsbach ist Professor an der Jesuitenhochschule in St. Georgen.

Ernst-Ulrich Huster ist Professor an der ev. Fachhochschule Bochum.

Karlheinz Lipp ist Lehrer und lebt in Berlin.

Ulrich Peter, Berufsschultheologe in Berlin, ist Bundesprecher des BRSD und Redaktionsmitglied von CuS.

Arnold Pfeiffer, Kirchenhistoriker und Pfarrer, lebt in Idar-Oberstein.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Z

**Abonnement
und Retour:**BRSD
Postfach 2521
72015 TübingenStreifbandzeitung
Gebühr bezahlt
F 4637 F**Helmut Gollwitzer****Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)****Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.